

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plakatoberchriften ausgeschlossen. ♦ Postkassen-Konto Hannover Nr. 578 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Lohnkampf im Ruhrbergbau.

Entschlossene Haltung des Verbandes. — Abwehr des Kommunistenputsches.

Die Verhandlungen über die Lohnfrage im Ruhrbergbau fanden vor dem Schlichter Professor Brahn am 29. und 30. Dezember in Essen statt. Die Unternehmer wollten beweisen, daß sie mindestens 12 Prozent Lohnabbau haben müßten, und die Arbeitervertreter wiesen nach, daß eine Lohnherabsetzung nicht notwendig sei. Der Streit um die Selbstkosten, der seit Jahren ungläubliche Zeit in Anspruch nimmt und doch nie ausgetragen wird, weil die Unternehmer verlangen, daß man ihren Angaben glaubt, statt sie einwandfrei prüfen zu lassen, spielte auch jetzt wieder eine große Rolle. Man kann den Arbeitnehmervertretern nicht vorwerfen, daß sie sich halsstarrig gezeigt hätten. Nach ihrer Auffassung ist jeder Lohnabbau ein Mittel, die Krise zu verlängern, statt sie zu mildern. Er bedeutet weniger Einkommen für die Arbeitnehmer, weniger Kaufkraft, weniger Absatz im Lande. Daß dieser Absatzrückgang nicht weitgemacht werden kann durch eine entsprechende Steigerung des Auslandsabzuges, liegt besonders im Bergbau für jeden vernünftigen Menschen auf der Hand.

Angeichts der Gesamtwirtschaftslage, angeichts der Tatsache, daß ein gewisses Zurückgehen der Lebenshaltungskosten nicht zu befechten ist, ließen die Arbeitnehmervertreter in den Verhandlungen dem Schlichter gegenüber erkennen, daß sie unter Umständen bereit seien, mit ihm in einem Schiedsspruch zusammenzugehen, der 3 bis 4 Prozent Lohnabbau bringe. Die Unternehmer gaben dem Schlichter eine Erklärung ab, aus der zu schließen war, daß sie bereit seien, von 12 auf 8 Prozent herunterzugehen. Mit diesem „Entgegenkommen“ beiderseits wußte der Schlichter, der wahrscheinlich bestimmte Weisungen oder Bindungen von Berlin aus hatte, nichts anzufangen. Er erklärte deshalb die Verhandlungen für gescheitert.

Es folgte dann noch eine Aussprache über die Möglichkeit neuer Verhandlungen. Keine von beiden Seiten wollte sich auf solche Verhandlungen festlegen, der Schlichter erklärte aber, daß er an neue Verhandlungen, etwa am 7. Januar, denke.

Eine Zechenbesitzerversammlung beschloß, am 31. Dezember der gesamten Belegschaft des Ruhrbergbaues zum 15. Januar zu kündigen. Der Anschlag lautete:

„Die Schlichtungsverhandlungen über die Neugestaltung der Lohnordnung, die durch die Verschlechterung der Marktlage und die bereits erfolgte Kohlenpreiserhöhung notwendig geworden ist, haben zu keinem Ergebnis geführt. Wir sind daher gezwungen, zum Zwecke einer angemessenen Senkung der Löhne der gesamten unter die Arbeitsordnung fallenden Belegschaft hiermit zum 15. Januar 1931 zu kündigen.“

Ueber das Ausmaß der erforderlichen Senkung der Gehälter und Schichtlöhne wird rechtzeitig Näheres bekanntgegeben werden. Jeder einzelne kann sich also seinen Arbeitsplatz erhalten, wenn er sich bereit erklärt, zu den verkürzten Löhnen weiterzuarbeiten.“

Die Bergarbeiterverbände wandten sich an demselben Tage mit folgendem Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrgebiets:

„An die Ruhrbergarbeiter!“

Kameraden! Die Unternehmer des Ruhrbergbaues haben die Kündigung aller Arbeitsverträge zum 15. Januar ausgesprochen. Mit brutaler Gewalt soll die Lohnkürzung, die bei den Schlichtungsverhandlungen nicht erreicht werden konnte, durchgeführt werden! Die Not der Bergarbeiter soll noch vergrößert werden. Sie sollen die Schäden der Krise allein tragen.

Kameraden! Macht die Absicht der Bergwerksbesitzer zu schanden, zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, euch dem Diktat der Unternehmer zu beugen. Lehnt den Abschluß von neuen Arbeitsverträgen ab. Weigert euch, die Bedingungen der Arbeitgeber anzunehmen. Von eurem Verhalten hängt der Ausgang des Lohnkampfes ab. Deshalb: Schließt keine neuen Arbeitsverträge ab! Vertraut euch der Führung der vier Bergarbeiterverbände an.

Kameraden! Weist die kommunistischen Parolen zurück. Sie haben nur den Zweck, euch in euren aussichtslosen Putsch hineinzuführen. Sie dienen nur der Reaktion und fördern die Diktaturgeißel der Unternehmer. Lehnt diese Parolen ab, folgt den Weisungen der vier Bergarbeiterverbände!

- Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands.
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.
- Gewerkverein der Fabrik- u. Handarbeiter Hirsch-Dunder, Abteilung Bergarbeiter.
- Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter.“

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ erläuterte die Auffassung der Unternehmer, indem sie schrieb:

„Diese Majnahme der Zechen bedeutet keineswegs eine Weigerung zur Teilnahme an einer vom Schlichter neu einberufenen Schlichtungsverhandlung. Eine solche wird vielmehr auf Vorschlag des Schlichters im Einverständnis beider Parteien voraussichtlich schon am 7. Januar stattfinden. Aus diesem Grunde besteht wohl auch beim Reichsarbeitsminister, entgegen der im Revier verbreiteten Meinung, nicht die Absicht, von sich aus in den Lohnkonflikt einzugreifen.“

Die „D. Bergw.-Ztg.“ behauptete weiter, daß die Regierung Brüning bei der Befamntgabe der Kohlenpreiserhöhung den Bergbauunternehmern bestimmte Zusagen bezüglich der Ermäßigung der Selbstkosten, „also Senkung der Löhne“, gemacht habe. Der Reichsarbeitsminister wolle allerdings von solchen Zusagen nichts wissen. Das Blatt fragt, wie die Regierung zu einer solchen Behauptung komme, welche Vorteile sie sich davon verspreche, auf diese Art und Weise „die gesamte westdeutsche Großindustrie vor den Kopf zu stoßen“. Das Blatt erklärt weiter:

„Nach den bisherigen Beobachtungen werden sich die Zechen einem Versuch, eine geringere Lohnsenkung als 8 Prozent vorzunehmen, angesichts der katastrophalen Verhältnisse im Ruhrbergbau, auf die wir schon wiederholt hinwiesen, auf das entschiedenste widersetzen. Der Ruhrbergbau kann einfach nicht mehr anders handeln. Er ist nicht nur auf der Preisentzug in Vorklage getreten, sondern hat auch noch immer durch kostspielige Feierlichkeiten und ebenso kostspielige Betriebseinschränkungen versucht, die jehtige Belegschaft zu halten. Hält die Regierung Brüning ihre Zusagen nicht, dann ist das weiterhin nicht mehr möglich.“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ macht einerseits der Regierung und dem Reichsarbeitsminister den Vorwurf, daß sie die Dinge hätte laufen lassen, statt die Arbeitnehmerverbände energisch auf die Notwendigkeit der Lohnsenkung vorzubereiten. Den Bergarbeiterverbänden macht das Blatt den Vorwurf, daß sie keine Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage noch auf die des Bergbaues im besonderen genommen hätten, sondern einzig und allein ihren einseitigen Interessensstandpunkt zum Durchbruch verhelfen.

Gegenüber diesen Bemerkungen ist darauf hinzuweisen, daß die Lage im Kohlenbergbau von den Unternehmern als wesentlich abhängig von der Lage der Eisenindustrie dargestellt wird. Verhandlungen über Eisenpreiserhöhung, die am 9. Januar stattfinden sollten, sind bis auf weiteres vertagt worden, weil man erst das Ergebnis der Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau abwarten will. Von der weiterverarbeitenden Industrie wird heftig und energisch eine größere Eisenpreiserhöhung verlangt, die man als notwendig und möglich bezeichnet. Die Eisenindustrie leidet aber wie keine andere unter der Ueberkapazität, unter einer Menge von neuen Anlagen, in die Milliarden hineingesteckt worden sind, ohne daß Unternehmungen von diesem Ausmaß genügend Beschäftigung haben können. Der Enqueteausschuß schätzte die unnötige Belastung durch diese technisch nicht notwendige Ausdehnung auf jährlich 150 Millionen Mark. Für diese kapitalistischen Sünden sollen die Bergleute büßen, die sowieso schon das ganze Jahr hindurch mit einem jämmerlichen Lohn nach Hause gegangen sind. Die Vorwürfe der Presse sollten also nicht gegen die Arbeiterverbände, sondern an andere Adressen gerichtet werden.

(Ueber den Streikpuich der AGD. berichten wir auf S. 15.)

Die Revierkonferenz für den Ruhrbezirk,

die am 4. Januar im „Parkhaus“ zu Bochum tagte, fand gleichzeitig statt mit einer kommunistischen Delegiertenkonferenz, die im „Schützenhof“ zu Bochum tagte. Zwei Vertreter der sowjetrussischen Zeitung „Pravda“, welche Zutritt zu unserer Konferenz verlangten, wurden natürlich nicht zugelassen.

Nach Eröffnung der Konferenz durch den Kameraden Meier gab Kamerad Martmüller einen Bericht über die Verhandlungen seit dem 12. Dezember. Er zerpflückte kritisch die Begründungen der Unternehmer für ihre Lohnsenkungsaktion. Die Lohnanfechtungen pro Tonne haben sich vom April 1928 bis Oktober 1930 um 10 Prozent gehoben, der Durchschnittslohn ist von 8,25 auf 9 M. gestiegen, der Fördereranteil dagegen von 1172 auf 1415 Kg. Das Einkommen der Ruhrbergleute steht infolge der Feierlichkeiten niedriger als vor der Lohnsenkung im Mai 1928.

Martmüller gab erschöpfend Auskunft über das Verhalten der Verbandsvertreter während der Verhandlungen. An sich ist kein Lohnabbau im Ruhrbergbau berechtigt, nur angesichts der Gesamtlage, welche die Gewerkschaft prüfen muß, erfolgt das bestimmte Entgegenkommen. Das Gebot der Stunde ist nunmehr, keine neuen Arbeitsverträge auf einer niedrigeren Lohngrundlage abzuschließen. Ob neue Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, das wir tragen können, ist fraglich. Wir müssen deshalb alles darauf einstellen, für jeden Fall gerüstet zu sein. Der verurteilte Streik der Kommunisten, der bis jeht schon fünf Menschenleben auf dem Gewissen hat, zeigt keine Linie und kein vernünftiges Ziel. Gegen die Terrorakte dieser Putschisten muß die Bergarbeiterchaft sich energisch zur Wehr setzen und dadurch eine Lage schaffen, wie wir sie für den Ernstfall brauchen.

An der Aussprache beteiligten sich 16 Kameraden aus allen Geschäftsstellen des Ruhrreviers. Aus allen Reden ging die Empörung der Bergarbeiter über ihre elende Lage und die Bestrebungen der Unternehmer hervor. Ein Kohlereiarbeiter schilderte die Arbeit und das Einkommen der Arbeiter auf den „Krematorien“, den Zentralkotereien, wo der Lohn 6,70 bis 7,29 Mark betrage. Wenn er Sozialausgaben und Miere abziehe, dann bleibe ihm für seine Familie mit sechs Köpfen ein reiner Lohn von 3,80 M. pro Tag, also pro Person 63 Pf.!

Mit Empörung schilderten die Redner das terroristische Vorgehen der Kommunisten. Durch ein Massenaufgebot von Frem-

den und Erwerbslosen, mit Knüppeln und Messern hat dies Gefindel es fertiggebracht, auf annähernd drei Duzend Schachranlagen die Arbeitseinstellung in mehr oder minder großem Umfange zu erzwingen. Nicht 60 000, wie die Kommunistenpresse schwärmt, sondern höchstens 35 000 sind von diesem Terror bezwungen worden. Der größte Teil von diesen Bergarbeitern wurde ohne den Terror gearbeitet haben, das zeigt das feige Verhalten einer Reihe von „revolutionären“ Betriebsratsmitgliedern, wie es die Delegierten schilderten. Zum Teil postierte man an die Zechentore Frauen und Kinder, die Stoßtrupps zogen sich weiter zurück. Frauen gingen angriffsweise gegen unsere Kameraden vor, die zu anständig waren, Frauen zu prügeln und lieber für einen Tag auf die Arbeit verzichteten. Frauen, die ihren Männern Essen zur Zechen bringen wollten, entriß man das Eßgeschirr und schüttete den Inhalt auf die Straße. Einmütig tam der Wille der Kameraden zum Ausdruck, sich dieses Treiben nicht länger gefallen zu lassen. Verschiedentlich wurde darüber geklagt, daß die Polizei nicht den Schutz gewährt habe, der möglich und notwendig gewesen wäre. Das muß anders werden, sonst müßte die Belegschaft ganz systematisch zu organisierter Selbsthilfe greifen!

Festgestellt wurde, daß eine ganze Reihe von Mitteilungen der sogenannten „Streitzeitung“ über Arbeitseinstellungen und Streikbeschüssen erlogen sei.

Von allen Diskussionsrednern wurde nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß Funktionäre und Mitglieder des Verbandes mit der bisherigen Verhandlung und mit den tatsächlichen Maßnahmen des Verbandes einverstanden seien. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß in der bisherigen Weise weitergearbeitet werde, um das beste aus der Situation herauszuholen. Mit unerschütterlichem Vertrauen stehe die Masse der Mitglieder zur Verbandsleitung und werde jeder ihrer Anweisungen, auch dem Rufe zu einem ernsten Kampfe folgen, wenn diesem nicht mehr auszuweichen sei.

Nachdem Martmüller in seinem Schlusswort noch einmal hervorgehoben hatte, daß alles darauf ankomme, bis zum 15. Januar keine neuen Einzelarbeitsverträge auf niedrigerer Lohngrundlage abzuschließen, konnte Kamerad Husemann berichten über die kommunistische Konferenz im „Schützenhof“. Dort hatte man 700 sogenannte Delegierte und 400 Gäste zusammengepackt. Man erzählte dort den Leuten, daß vom fünften Tage des Streiks an Massenpeisungen durch die UH. einsetzten würden. Als Parole wurde u. a. bezeichnet: Husemann und Ambusch müssen bestraft werden! Der vielfache Verbrecher und mehrfache Mörder Margies hatte auch die Ehre, vor dieser Konferenz in seiner Henkermanier zu reden. Als weitere Parolen wurden ausgegeben, am Montagmorgen die Zugangswege zu den Zechen kilometerweit mit Streikposten zu besetzen und dabei auch vor Schlägen nicht zurückzufreden. Wenn es durch diesen Streik nicht gelinge, eine neue feste Organisationsform zu schaffen, dann sei der Kampf vergeblich gewesen.

Husemann wies darauf hin, daß durch diese letzte Feststellung das eigentliche Ziel des Kommunistenputsches enthielt werde: Zerstückelung der altbewährten Organisation der Bergarbeiter! Er gab den Funktionären Anweisungen über ihr Verhalten am heutigen Tage, zum Schutz unserer Versammlungen und zur Abwehr des Terrors in den nächsten Tagen. Wir verlangen von der Staatsgewalt den Schutz, der uns nach der Verfassung und nach unserer vernünftigen Politik zusteht. Wo die Polizei verlagert, ist sofort Mitteilung zu machen. Darüber hinaus aber sollen die Kameraden geschlossen mit dem Knüppel in der Hand zur Arbeit gehen und nötigenfalls das ortsfremde Gefindel in die Flucht schlagen. Die Demokratie und die sachliche Zusammenarbeit von Massen und Führern ist die Grundlage unseres Verbandes, sie muß sich besonders in der nächsten Zeit bewähren, damit unsere Organisation auch für den schlimmsten Ernstfall gerüstet ist.

Mit lebhaftem Beifall wurden Reserat und Schlußausführungen aufgenommen. Einstimmig kam die vorgelegte Entschlieung zur Annahme. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband fand dann die prachttoll verlaufene Konferenz ihr Ende.

Die Entschlieung

lautet:

„Die am 4. Januar in Bochum tagende Ruhrrevierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands billigt das Verhalten der Organisationsvertreter bei den Schlichtungsverhandlungen am 29. und 30. Dezember 1930. Die maßlosen Lohnabbauforderungen der Zechenbesitzer werden von der Konferenz als ein wirtschaftliches und soziales Unrecht mit Entschiedenheit abgewiesen. Der beabsichtigte Lohnabbau ist um so weniger gerechtfertigt, als der Ruhrbergbau trotz der Krise noch beträchtliche Kapitalerträge erzielt, während die Kaufkraft der Bergarbeiter durch Feierlichkeiten und Arbeitslosigkeit schon erheblich geschwächt ist. Die Konferenz erwartet von allen Kameraden, daß sie sich durch die von den Unternehmern ausgesprochene Kündigung der Arbeitsverträge nicht einschüchtern lassen und fordert sie auf, keine neuen Arbeitsverträge zu niedrigeren Löhnen abzuschließen.“

Die Konferenz verurteilt auf das schärfste die unfürsinnigen arbeitereindlichen Putschversuche der kommunistischen Partei. Sie schädigen die Interessen der Bergarbeiter und sind Wasser auf die Mühlen der Unternehmer.

Mit Entrüstung wendet sich die Konferenz gegen die groben Lügen der kommunistischen Presse über die Führer des Verbandes. Die Konferenz spricht der Organisationsleitung das Vertrauens aus und fordert alle Bergarbeiter auf, auch weiterhin nur den Anweisungen der vier Bergarbeiterverbände zu folgen.“

Neue Kämpfe im neuen Jahre!

P. Z. An der Schwelle des neuen Jahres stehen die Zukunftspröpheten zahlreicher denn je. Berufene und Unberufene versuchen, den Ablauf des nächsten Jahresabschnittes zu deuten. Sie alle finden aufmerksame Zuhörer, denn die Not ist groß und der Wunsch bei allen lebendig, daß das neue Jahr uns glücklichere Verhältnisse bringen möge. Aber wo man auch hinsieht, niemand getraut sich, diesem Wunsche Erfüllung zu verheißeln. Die Krise wird also andauern! Ja, die Wahrscheinlichkeit besteht, daß wir uns noch immer auf absteigender Linie bewegen, also den Tiefstand noch gar nicht erreicht haben. Zum mindesten gilt das für den Arbeitsmarkt. Wir haben jetzt rund vier Millionen Arbeitslose und werden, wie wir es schon vor Monaten an dieser Stelle vorausgesagt, bis Februar vielleicht fünf Millionen zählen.

Da taucht die Frage auf: Werden wir das denn überhaupt ertragen können? Zuerst redet sich noch alles um die Frage herum. Man tröstet sich damit, daß diese enormen Arbeitslosenziffern doch nur durch den Winter mit seinem natürlichen Saisonniedergang auf dem Arbeitsmarkt bedingt seien. Im Frühjahr aber, wenn sich die Saison wieder belebe, würden auch die Arbeitslosen wieder langsam verschwinden.

In dieser Auffassung liegt ein ganz großer Irrtum. Sie stützt sich lediglich auf die Erfahrung in früheren Jahren, ohne die veränderte volks- und weltwirtschaftliche Situation zu berücksichtigen. Zu ihrer realen Rechtfertigung fehlt schon diesmal die wichtigste Voraussetzung:

Die Belebung des Baumarktes im Frühjahr.

Jetzt schon stehen die Neubauwohnungen fast allerorts dünn wie Papier. Selbst die Baugesellschaften, die verhältnismäßig niedrige Mieten haben, leiden zur Zeit verschiedenenorts an Wohnungsüberschuß. Die schlechten und unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen eben alle dazu, sich aufs engste zu beschränken und jede Ausgabensteigerung nach Möglichkeit zu vermeiden. Neubauwohnungen aber verurteilen für die Bezieher fast immer eine Ausgabensteigerung. Es ist deshalb leicht verständlich, daß die Nachfrage nach solchen Wohnungen in dieser Situation sehr stark zurückgegangen ist und sich so lange nicht sonderlich heben wird, als die Wirtschaftskrise alle Einkommens- und Arbeitsmöglichkeiten so stark beschränkt.

Damit dürfte eigentlich erwiesen sein, daß über die Entwicklung des Baumarktes im Frühjahr keine wesentlichen Belebung der Konjunktur im allgemeinen erwartet werden darf. Soweit die Neubautätigkeit an sich einlehen wird, wird sie sich in mäßigen Grenzen halten und zumindest keine anhaltende Belebung zeigen. Berücksichtigt man die große Bedeutung des Baumarktes überhaupt für die gesamte Wirtschaftskongunktur — die Amerikaner führten die Prosperität in ihrem Wirtschaftsleben während der letzten Jahre fast ganz auf eine enorme Steigerung der Bautätigkeit während derselben Zeit zurück —, so wird man wohl mit der Annahme nicht fehlerhaft sein, daß bei der Aussicht, wie wir sie hier bezüglich des Baumarktes aufzeigen, sich die Krise im neuen Jahre wirklich eher verschlimmern als beheben wird.

Eine Anurbebung der Konjunktur „aus sich selbst“ heraus ist nämlich auch nicht zu erwarten. Die Kaufkraft im Inlande ist durch die Einkommensenkung infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit und Lohnreduzierung um 4 bis 5 Milliarden Mark gesunken, so daß eine Steigerung der Produktion von Verbrauchsgütern nicht erwartet werden kann. Aber auch die Nachfrage nach Produktionsgütern wird nicht wachsen. Da der Wirtschaftsapparat sich in seinem bestehenden Umfang ja schon als zu groß erweist (siehe Stilllegungen und Kurzarbeit). Es bliebe als letzte Hoffnung vielleicht die Steigerung des Auslandsabzuges. Aber auch hier ist kein Erfolg zu erwarten, da sich zur Zeit alle Länder in einer schweren Krise befinden und sich auch dort nirgends Voraussetzungen aufspüren lassen, die einen gesteigerten Warenverkehr möglich erscheinen lassen. Aber selbst wenn wir diese Möglichkeit in etwa gelten lassen wollten, dann müßten wir, um den Produktionsausfall weizumachen, der durch den Kaufkraftverlust im Inlande in Höhe von 4 bis 5 Milliarden Mark bedingt wird, den Auslandsabzug um 40 bis 50 Prozent erhöhen können, was bei der derzeitigen Wirtschaftslage reine Illusion bleiben muß.

Von dieser Perspektive aus gesehen, glauben wir deshalb auch annehmen zu müssen, daß sich die Arbeitslosenzahl im Verlauf des Jahres, selbst in den besten Zeiten, nicht unter drei Millionen senken wird. Sozialpolitisch würde das bedeuten, daß wir einer notwendigen Betreuungspolitik wohl

vier Millionen Arbeitslose als Durchschnitt

zugrunde zu legen hätten.

Und nun müssen wir wieder Antwort zu finden suchen auf die Frage: „Werden wir das denn überhaupt tragen können? Hier möchten wir nun gleich einschalten, daß wir der Auffassung sind, daß wir das sehr wohl tragen können, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir es eben tragen müssen. Worüber diskutiert werden kann, ist also lediglich die Frage, wie wohl die Betreuung dieser Krisenopfer durchgeführt werden muß.

Grundsätzlich möchten wir hierzu, weil die Frage jetzt akut wird, herausstellen, was wir schon früher an dieser Stelle getan haben, daß es sich hier um ein Problem handelt, das nicht nur den Teil unseres Volkes angeht, der direkt von der Gefahr der Arbeitslosigkeit bedroht ist, sondern um ein Problem der gesamten Wirtschaftsgesellschaft. Die Arbeitslosigkeit ist eine Gefahr, die im privatkapitalistischen Wirtschaftsmechanismus selbst begründet liegt und die abzuwenden der Arbeiter selbst gar keine Möglichkeit besitzt. Ihn trifft diese Gefahr lediglich auf Grund seiner sozialrechtlichen Stellung, die er in der Gesellschaftswirtschaft innehat.

Daß andere Volksteile vor dieser Gefahr verschont bleiben, verdanken sie lediglich der sozialrechtlichen Sonder-

stellung, die sie innerhalb der Gesellschaftswirtschaft innehaben. Materiell sind sie genau wie der Arbeiter nur ein Teil in dem großen Wirtschaftsmechanismus, aus dem sie aber auf Grund ihrer Sonderstellung nur am Runden und Vorteil profitieren, während sie das ganze Risiko dem ungeschützten Teil der Wirtschaftsgesellschaft, der Arbeiterschaft, zu tragen überlassen. So kann das unter keinen Umständen weitergehen! Für die kommende Zeit und alle mit ihr sich als notwendig erweisenden neuen Hilfsmagnahmen für die Krisenopfer muß hier eine völlige Umkehr Platz greifen! Alle Mitglieder der Wirtschaftsgesellschaft müssen hier entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Ueber den Weg, der zu dieser Lösung führen kann, wollen wir heute nichts sagen.

Aufzugen wollen wir nur ganz kurz, wie ungeheuerlich jetzt schon

die materielle Existenzbasis des Arbeiters

infolge der Krise eingeeengt ist. Wir wählen als Beispiel den Ruhrbergmann, wobei wir aber betonen, daß es in anderen Steinkohlengebieten teilweise noch schlimmer steht. Ebenso trifft das für viele andere Arbeiterkategorien zu, so daß das Beispiel mit dem Ruhrbergmann wohl als Gradmesser dienen kann für die Entwicklung der Lage des deutschen Industriearbeiters überhaupt.

Es betrug der Barverdienst im Ruhrbergbau (pro Schicht und pro Kopf der Gesamtbelegschaft) 1930 im

1. Vierteljahr	8,99 M.
2. Vierteljahr	9,00 M.
Juli	9,20 M.
August	9,23 M.

Unter normalen Verhältnissen könnte man nun je Arbeiter und Monat 25 Schichten zugrunde legen, so daß der vollbeschäftigte Ruhrbergmann (im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft) $25 \times 9,10 = 227,50$ M. im Monat verdient haben müßte im Durchschnitt der Zeitspanne zwischen Januar und August 1930. In Wirklichkeit aber hat die Wirtschaftskrise dem Ruhrbergmann, soweit er seinen Arbeitsplatz behalten konnte, in erheblichem Maße Kurzarbeit gebracht. In der Zeitspanne von Januar bis August 1930 hatte er dadurch einen Verlust von monatlich drei Schichten, für die ihm natürlich kein Lohnausgleich gewährt wurde. So beträgt also sein Barverdienst nicht 227,50 M., sondern $227,50 - 3 \times 9,10$ M., also nur rund 200 M.

Hiervon sind nun noch abzugiehen die Beiträge, die der Ruhrbergmann als Anteil zur Sozialversicherung zu zahlen hat, die zur Zeit 15 bis 17 Prozent seines Verdienstes betragen. Es verbleibt ihm also ein Nettoverdienst von rund 170 M.

Nun besagen Zahlen an sich noch gar nichts. Man muß deshalb diese 170 M. in Beziehung setzen mit dem notwendigen Lebensbedarf des Arbeiters. Hierfür bedienen wir uns einer Berechnung der Stadt Duisburg-Hamborn, die, entsprechend den Grundätzen des Statistischen Reichsamts, die Lebenshaltungskosten für eine Arbeiterfamilie mit drei Kindern berechnete. Diese Berechnung umfaßt die Kosten für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung. Hiervon für Heizung die Hälfte abgerechnet, weil der Bergmann verbilligte (Deputat-)Kohlen bezieht, betragen die Gesamtlebenshaltungskosten für den Ruhrbergarbeiter pro Monat in der Zeitspanne Januar bis Juli 1930 161 M. Es verbleibt ihm also ein Restbetrag von ganzen 9 M. Von diesen 9 M. soll er nun bestreiten: die Ausgaben für Steuern, Kleidung, Zeitung, Bildung, Gewerkschaftsbeitrag, Fahrgehalt (zum Arbeitsort und zurück, Straßenbahn), kleine Vergnügungen (Theater, Kino, Vereinsfestlichkeiten). Wie sich das ermöglichen lassen soll, ist das Geheimnis derjenigen, die an dieser Einkommensgestaltung die Verantwortung tragen.

Tarifrecht und Wirtschaftskrise.

Die heutige Wirtschaftskrise ist auch für die geltenden Tarifverträge eine schwere Belastungsprobe. Nicht nur der Abschluß neuer Tarifverträge ist erschwert, sondern auch der Druck des Unternehmers auf den Einzelarbeitsvertrag wirkt sich stärker denn je aus. In der Zeit der Hochkonjunktur fällt es dem einzelnen Arbeiter mit Hilfe der Organisation nicht schwer, die Durchführung der bestehenden Tarifverträge zu erzwingen, in Krisenzeiten trifft ihn dafür nur zu oft die ganze Schwere der brutalen Gewalt des Unternehmers. „Mangel an Absatz“ oder „Betriebsbeschränkung“ sind dann beliebige Gründe, um aufrechte Kämpfer für eine reißlose Durchführung der Tarifverträge ohne rechtliche Hindernisse loszuwerden.

Es wäre eine dankbare Aufgabe nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern auch der Öffentlichkeit sowie aller Instanzen, die es angeht, durch Zahlen oder Aufstellung einer Statistik einmal darauf hinzuweisen. Bewußt verliert der Unternehmer, dem Kampf um die Rechtsfindung durch seine Wirtschaftsinacht zu begegnen. Es ist eine Gefahr für unser kollektives Arbeitsrecht, wollte man sich dieser Tatsache verschließen oder auf Mittel und Wege, diesem Zustand zu begegnen, verzichten. Ist es richtig, daß die Unternehmer bei einer Hochkonjunktur bestehende Tarifverträge und deren Rechtsinhalt voll für sich in Anspruch nehmen, diesen aber in Krisenzeiten nicht anerkennen wollen?

Die Arbeitsgerichte haben in dieser Frage leider mehr oder weniger versagt, weil sie neben der Unabdingbarkeit nach der Tarifvertragsverordnung den Verzicht auf den Tarifinhalt für zulässig erklärten. Auch die Einschränkung, daß nur der nachträgliche Verzicht gültig sei, ändert daran wenig, selbst wenn dieser nachträgliche Verzicht nur dann rechtswirksam sein soll, wenn eine unmittelbare Drohung oder ein Zwang durch den Unternehmer nicht erfolgt ist.

Ueber drei Jahre Arbeitsgerichtsgefes sind auch beim Unternehmer nicht spurlos vorübergegangen, so daß erzwungene nachträgliche Bezüge auf Tarifleistungen rechtlich immer seltener angegriffen werden können. Gibt sich der betreffende Arbeiter mit seinem Lohn usw. nicht zufrieden, weil dem Tarifvertrage nicht entsprochen wird, und nimmt das Arbeitsgericht in Anspruch, so liegt er oft genug bei der nächsten Abbaumaßnahme draußen, nicht etwa wegen seiner Forderung, sondern eben wegen Abzugs mangels Betriebsbeschränkung oder aus anderen

Unberücksichtigt hierbei ist noch ganz der Ausgang des zur Zeit laufenden Lohnstreites, der wahrscheinlich eine weitere Verschlechterung bringen wird, da sich die Regierung ja auf eine Lohnsenkung für den Ruhrbergbau verbißen hat. Damit aber ist das Maß des Erträglichsten für den Ruhrbergmann tatsächlich überschritten, da sein Einkommen unter das amtlich errechnete Existenzminimum sinkt, selbst wenn eine neue Konjunktur im Bergbau die Feierschichten wieder beseitigt. Alle schönen Silvesterwünsche also dürfen uns nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß

die Aussichten für das neue Jahr

in tiefes Grau gehüllt sind. Wir hätten gern unseren Lesern etwas anderes gemeldet, aber für uns als Gewerkschafter kommt es nicht auf schöne Wünsche an, sondern auf die nüchterne Prüfung der Lebens- und Wirtschaftstatistiken.

Leider scheint man sich nicht überall auf diesen Standpunkt zu stellen. Das wird am deutlichsten, wenn man sich die Situation auf dem Gebiet der Arbeitslosenbetreuung vergegenwärtigt, wie sie sich zur Zeit einer Betrachtung darbietet. Hier scheint man nach dem ins Negative umgekehrten Grundsatz zu handeln: Laissez faire, laissez aller! (Daß es laufen wie es will!) Nach vorsichtigen Berechnungen werden die Gemeinden schon für 1930 ein Defizit von 600 bis 800 Mill. M. haben infolge des gewaltigen Anwachsens ihres Wohlfahrtsetats, das sie nur durch kurze Kassenkredite zu decken vermögen. Für 1931 errechnet Bruno Asch, Kämmerer der Stadt Frankfurt a. M., einen weiteren Fehlbetrag für die Gemeinden in Höhe von 600 bis 700 Mill. M., der also erstehen muß trotz all der bisher getroffenen Vorkehrungen, wie: Schaffung von Einnahmemöglichkeiten durch Getränkesteuern (Biersteuer) und Bürgersteuer.

Das Unbegreiflichste an der ganzen Sache ist nun, daß man regierungsseitig hier noch zu gar keinen durchgreifenden Sanierungsmaßnahmen entschlossen zu sein scheint. Zuerst gefällt man sich in theoretischen Erörterungen über organisatorische Reformmöglichkeiten (Zusammenfassung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege). So wichtig das sein mag und so sehr damit eine bessere Voraussetzung für eine zentrale Hilfsmöglichkeit geschaffen werden könnte, so sehr aber muß man sich klar sein, daß das Ganze mehr ein Finanz- als ein Organisationsproblem ist. Die nächste Zeit wird das allen Interessierten in brutalster Form zum Bewußtsein bringen.

Und hier muß endlich die Auffassung Platz greifen, daß dieses Problem als Finanzproblem tatsächlich eine Angelegenheit der ganzen Gesellschaft ist. Die Arbeiter sind, wie aufgezeigt, am Ende ihrer Opfermöglichkeit. Es gilt nun, alle finanziell Bessergestellten zur Hilfeleistung in sozial gerechter, der freien kommunalen Beschlussfassung unterliegender progressiver Steigerung heranzuziehen. Nur so wird es möglich, bei stärkerer Heranziehung der Besserenlotenden die unteren Volksschichten nicht unerträglich mitzubelasten.

Das muß die Forderung für die nächste Zeit sein, die wir als Arbeiter ständig zu erheben haben. Wir werden dabei viel Widerstand finden, was uns aber nicht von dieser gerechten Forderung abbringen darf. Ob wir stark genug sein werden, um uns Gehör und Erfolg zu verschaffen, wissen wir noch nicht. Also auch diesbezüglich ist das neue Jahr dunkel.

Sollen wir deshalb verzagen? Gewiß nicht! Wir wissen, daß uns der Privatkapitalismus solche dunkle Zeiten bringen muß. Im Vertrauen auf unsere organisatorische Macht marschieren wir ungebrochenen Mutes vorwärts. Sollte die bürgerliche Welt der Meinung sein, daß sie, unbekümmert um die Arbeiterlage, sich auf den lichten Höhen des Lebens bewegen, den Arbeiter aber in den dunklen Tälern da unten sich selbst überlassen darf, dann werden wir eben die roten Fackeln des Sozialismus entzünden und uns selbst den Weg in eine lichtere Zukunft bahnen müssen!

rechtlich nicht anfechtbaren Gründen. So erklärt es sich auch, daß in der Folge der Kampf um den Tarifvertrag durch den Kampf um den Arbeitsplatz erschwert wird, weil eben der einzelne Arbeiter im Betriebe als der Schwächere zu wenig geschützt ist.

Das Scheingedinge mit seinen Folgeerscheinungen, ebenso die Bezahlung der Knappschafts- sowie Unfallinvaliden usw. sind Zeichen dafür, daß hier unser Tarifrecht Nützen aufweist, die einmal gründlich untersucht und dann ausgefüllt werden müssen. Der gültige nachträgliche Verzicht im Arbeitsrecht, aufgebaut und begründet durch ein individualistisches bürgerliches Recht, ist heute nicht mehr am Platze, weil es der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages widerspricht. Da die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, welche sich auf die höchstgerichtliche Entscheidung stützt, nicht mehr zurückzuevidieren ist, muß hier die Gesetzgebung eingreifen.

Die Unabdingbarkeit kann nur durch den Ausschluß der Rechtswirksamkeit aller Abreden zugunsten der Arbeitnehmer allein gesichert werden. Nur so kann der einzelne Arbeitnehmer im Betriebe zu jeder Zeit seinen Anspruch geltend machen und so dem Treiben der Unternehmer begegnen, die Unabdingbarkeit der Tarifverträge durch mehr oder weniger erzwungene nachträgliche Bezüge zu unterhöhlen. Dadurch wird auch der überzeugte, tariftreue Arbeiter, der eher seine Kündigung hin nimmt als sich mit untertariflichen Bedingungen zufrieden gibt, viel mehr als bisher geschützt.

Es kann doch nicht der Zweck unseres heutigen Tarifrechts sein, tarifwidrige Arbeitsbedingungen zu schützen und dem Unternehmer die Möglichkeit zu lassen, mit Hilfe seiner wirtschaftlichen Macht im Betriebe das Gleichgewicht der Tarifparteien bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erschüttern. Nur die Tarifparteien können wirklich freie Vereinbarungen treffen und auf alles Rücksicht nehmen, was damit zusammenhängt, nicht aber die Einzelarbeitsvertragsparteien, weil der Unternehmer im Betriebe gegenüber seinem Arbeiter immer der wirtschaftlich Stärkere ist. Gerade die heutige Wirtschaftskrise im Bergbau zeigt mehr denn je das Gebahren der Unternehmer, dem begegnet werden muß. Diese Aufgabe hat nicht nur die Organisation allein, sondern auch die Öffentlichkeit und die Gesetzgebung. Für diese Aufgabe aber einzutreten, ist Pflicht jedes Kameraden, damit das heute im Betriebe geltende Tarifrecht endlich zu einem wirklichen unabdingbaren Recht ausgebaut wird.

Otto Krell.

Wohin steuern wir?

Turmwächter! Wie stehts um die Zeit?
Bricht der Morgen, der langersehnte, bald an?

Das Jahr 1930 wird der Arbeiterschaft eine sehr trübe Erinnerung bleiben. Für sie ist diese zwölfmonatige Zeitstrecke überaus reich an Enttäuschungen, unerfüllten Hoffnungen und Niederlagen gewesen. Und kein Lichtstrahl sprach von einer Wendung zum Besseren. Eine wirtschaftliche Mißbilligkeit jagte die andere. Auch auf dem politischen Felde lösten sich die Geschehnisse in wilder Hast ab. Brasilien, Bolivien, Peru, Portugal und Spanien haben in diesem Jahre ihre Revolutionen gehabt. In Polen, Rumänien, Finnland und einigen anderen Staaten herrscht ein Zustand, den man getrost als einen vor-revolutionären bezeichnen kann. In Rußland muß die Regierung zu tatarischen Kunstgriffen greifen, um die soziale Gärung hintanzuhalten. Das wenige, was man von Italien erfährt, genügt, um zu erkennen, daß die eiserne Faust des Diktators nicht mehr schwer genug ist, um die schwelende Flamme der Rebellion zu ersticken. Hat es kürzlich doch dort Demonstrationen gegeben mit der Losung: Brot für unsere Kinder — o d e r d e n K o p f M u s s o l i n i s! Von der englischen Arbeiterregierung weiß man, daß sie von einem Tag zum andern gestürzt werden kann und daß sie bedenkliche Windungen machen muß, um sich vor dem Sturze zu retten, was in ihrer eigenen Partei eine heftige Opposition entfacht. Und in Deutschland duldet die Parlamentsmehrheit eine Diktatur durch Notverordnungen, um der faschistischen Diktatur zu entgehen.

Alle diese politischen Erschütterungen und Gefährlichkeiten entquellen ein und derselben Ursache, dem Sinken der Rohstoffpreise und der Wirtschaftskrise.

Die Wirtschaftskrise ist jetzt weltallgemein. Vor kurzer Zeit noch schien es, als ob wenigstens ein einziges Land von dem Weltübel verschont bleiben werde, Frankreich nämlich. Doch auch dieses ist jetzt von der Krise erfaßt. Die amtliche Statistik berichtet schon in der Woche vom 3. bis 8. November fast 43 000 eingetragene Arbeitslose. Wie zahlreich mögen sie heute in Wirklichkeit sein, von den rasch zunehmenden Kurzarbeitern ganz zu schweigen. Die Krise wirft dermaßen schwere Schatten voraus, daß der französische Gewerkschaftsbund die Regierung ersucht hat, ein Zulassungserbot für fremde Arbeiter zu erlassen.

Daß in allen anderen Ländern die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter unausgeseht, zum Teil sprunghaft ansteigt, ist genügend bekannt. Wenn man die Arbeitslosen aller Länder auf 20 Millionen ansetzt, so dürfte man eher unter als über der Tatsächlichkeit sein. In dieser Zahl drückt sich ein Meer von Entbehrung, Hunger und Verzweiflung aus. Das schlimmste dabei ist, daß niemand zu sagen vermag, wann das Steigen der Elendsflut aufhört und daß noch nirgends etwas Erfolgreiches dagegen getan worden ist.

Nun hat es zweifelsohne auch früher schon gewaltige Wirtschaftskrisen oder ungeheure Arbeitslosigkeit gegeben. Es sei nur an die Zeit erinnert, wo die Dampfmaschine oder der mechanische Webstuhl seinen Einzug in England, Frankreich oder Schottland hielt. Immer, wenn große technische Neuerungen eintraten, wurden mehr oder weniger starke Teile der Arbeiterschaft erwerbslos. Wenn in den weniger entwickelten Staaten sich die unbeschäftigten Arbeiter mehrten, wurde ihnen zugerufen: „Geht nach dem Westen!“ Dort lockte Freiland und Aussicht auf wirtschaftliche Selbstständigkeit. Wenn die europäischen Länder von Krisen heimgeheuchelt wurden, wanderten sie aus, zogen sie millionenweise über den Ozean, wo sie meist besser entlohnerte Beschäftigung fanden. Der Rest der Erwerbslosen ging zurück aufs Land, wo die Ältern noch die Scholle bebauten, oder kamen nach und nach in anderen Gewerben wieder unter.

Von alledem ist heute keine Rede mehr. Mit der Flucht vor der Arbeitslosigkeit ist es vollkommen vorbei. Nicht nur, weil das Ausland selbst zuviel unbeschäftigte „Hände“ hat, sondern, weil es auch fürchtet, daß mit dem fremden Proletariat das „rote Fieber“ kommen könnte. Infolgedessen haben sich nachgerade alle Staaten gegen die Einwanderung durch gesetzliche Verbote abgeschlossen. Die zwischenstaatliche Freizügigkeit der Arbeiter hat praktisch aufgehört. Wo sie sind, müssen sie bleiben. Sie können der wirtschaftlichen Drangsal nicht mehr entkommen. Und das in einer Zeit, wo internationale Konferenzen den Austausch von Menschen, Meinungen und Waren als die große Voraussetzung für die Beseitigung der geschäftlichen Störungen und der politischen Gefahren, des Krieges, erklären. Ein neuer Nationalismus ist entstanden just zu einer Zeit, wo in herzhewegenden Worten die Gefährlichkeit des alten dargetan wird.

Aber die großen Leidtragenden der Wirtschaftskrise, die Industrieproletariat, können auch nicht, wie ihre Vorfahren, zurück aufs Land, denn dieses hat selbst einen erheblichen Ueber-schuß an Menschen, die ihrer Not keinen Ausweg sehen und in die Industriegegenden strömen. Die industrielle Krise fällt mit einer in ihrer Ausdehnung und Schärfe nie gekannten Agrarkrise zusammen. Sie wird in manchen Staaten durch Hochschulzölle, Steuererläß und direkte Geldhilfe zu mildern versucht. Doch das stracke Gegenteil ist bisher die Folge gewesen. Die Geldgeschenke an die Landwirtschaft werden aus den Taschen der Industriebevölkerung genommen, wodurch es dieser noch mehr erschwert wird, die agrarischen Erzeugnisse zu kaufen. So erstickt denn die Landwirtschaft im Getreide, während es der großstädtischen Bevölkerung an wohlfeilen Lebensmitteln mangelt. Und hierdurch wird die Lebensmöglichkeit der industriellen Menschenscharen noch mehr gedrosselt, ihre Mißstimmung oder Verzweiflung wird hart an die Grenze der Ertragungsfähigkeit gebracht.

In den südamerikanischen Staaten ist die Verzweiflung bis zur Revolution gediehen, in einigen europäischen Staaten ist es bald ebenso weit, oder es wird befürchtet, die Verzweiflung werde über kurz oder lang zum offenen Konflikt treiben, wogegen sich in der Tat der stichhaltigen Gründe nicht viele finden. Darum der Eifer der Regierungen, sich durch Geld- und sonstige Liebesgaben das Wohlwollen ihrer staatserkhaltenden Schichten und Parteien zu erhalten, darum die bis zur Befessenheit gediehene Liebe der Kapitalistenklasse für den Faschismus. Sie fühlt, daß die schweren Schatten zwischen ihr und dem werktätigen Volke zu einer undurchbrechbaren Mauer werden, und in ihrer freigebig spendenden Liebe zu den nationalistischen Haufen drückt sich das Unvermögen aus, die sozialen Gegensätze

in der bisher geübten Art und Weise zu meistern. Allein, daß die Rechnung mit dem Faschismus ein Loch hat, und zwar kein kleines, dürfte, wenn durch nichts anderes, dann durch Italien bewiesen werden.

Doch soll uns die Rechnung der Kapitalistenklasse mit dem Faschismus wie ihr eigenes Schicksal jetzt weniger kümmern, eher schon kümmern uns unsere, der Arbeiterklasse, Rechnung mit dem Kapitalismus und unsere eigene Wohlfahrt. Von ihm haben wir nichts mehr zu erwarten, er kann uns nicht helfen, ja er vermag nicht einmal sich selber zu helfen. Er hat zur Beseitigung dieser seiner Krise kein Mittel, es sei denn die vollendete Unsinntigkeit, durch Lohnkürzung und Arbeiterentlassung die Räder der Industrie in Gang bringen zu wollen. Er weiß zur Befriedung der verzweifelnden Massen nichts anderes als die faschistische Diktatur. Das ist der geistige Bankrott des Kapitalismus, und dies muß seinen wirtschaftlichen Bankrott vollenden. In der Tat!

Würde das entsehlige Elend von Millionen Arbeitslosen nicht jedes Hochgefühl niederdrücken, der Gewerkschafter könnte seine helle Freude haben an dem, was sich nun vollzieht. Was er da erlebt, ist nichts als das krampfhaft Vergehen der kapitalistischen „Ordnung“, und was er da mit erleidet, ist nichts als der Tatbeweis dafür, daß eine neue Ordnung geschaffen werden muß, nein, geschaffen wird!

Die neueste technische Umwälzung ist mit beispielloser Schnelligkeit vor sich gegangen; was früher sich in Jahrzehnten, in einem Jahrhundert vollzog, ist jetzt in ein paar Jahren geschehen. Mit der riesigen Entfaltung der Technik haben die Gedanken

Krise und Krisenmilderung.

Wenn auch die Krise, in der unsere Wirtschaft seit Mitte 1929 steckt, eigenartige binnenwirtschaftliche und internationale Ursachen hat, schließlich ist es doch nur eine kapitalistische Krise, wie sie die Altmeister des Sozialismus vor Jahrzehnten schon dargestellt und erläutert haben. Wenn man heute Kautskys Erläuterungen zum Erfurter Programm der Sozialdemokratie oder alte Arbeiten in die Hand nimmt von Hilferding oder Rosa Luxemburg, so ist man überrascht, wie richtig die Konzentration des Kapitals, die Krisen als Folge kapitalistischer Planlosigkeit dort gekennzeichnet sind. Manche Stellen muten an, als seien sie unter dem Eindruck der allerjüngsten Zeit geschrieben:

„Neben den periodischen Krisen, neben der zeitweisen Ueberproduktion mit der darauf folgenden zeitweisen Uebervernehmung und Kraftvergeudung entwickelt sich immer stärker die dauernde, chronische Ueberproduktion und die dauernde Kraftvergeudung.“

Wie sieht sich das nicht, als wäre es 1930 geschrieben statt 1892? Wie die technische Entwicklung zu immer rascherer Produktionsausweitung führt, wie trotz märchenhafter Ueberwindung von Entfernungen durch moderne Transportmittel die Ausdehnung des Marktes viel zu langsam für die Bedürfnisse der kapitalistischen Produktion vor sich geht, wie es der kapitalistischen Produktion immer unmöglicher wird, ihre Produktivkräfte voll zu entfalten, all das liegt sich in diesen alten Arbeiten, als sei es gestern geschrieben!

Die landwirtschaftliche Produktion machte nach dem Kriege eine Deflationskrise durch, die unmerklich in eine strukturelle Krise überging. Schon in der Kriegswirtschaft setzte eine Mechanisierung in der Landwirtschaft ein, die sich nach dem Kriege in den bedeutendsten Ackerbauändern umfassend fortsetzte und zu wesentlicher Herabsetzung der Produktionskosten und zu einer Steigerung der Produktionsmengen führte. Wo in Gebieten intensiven Ackerbaues diese Mechanisierung sich nicht so auswirkte, hatte die Verbilligung der Stickstoffdüngemittel ähnlich weittragende Folgen.

Eine Bedarfsstellung vergrößerte die Schwierigkeiten der Landwirtschaft. Die Mechanisierung setzte Arbeitstiere frei und verminderte den Bedarf an Futtermitteln. Die Konsumenten wandten sich, instinktiv und unter dem Einfluß moderner Ernährungslehren, in früher nicht gekanntem Umfang der gemischten Kost zu: der Brotverbrauch sank, der Verbrauch von Obst und Gemüse stieg. Eine Verringerung der Volksvermehrung trat hinzu, den Theorien über das steigende Mißverhältnis zwischen Nahrungsspielraum und Bevölkerungszunahme schient der Boden entzogen. Die Rentabilität der Landwirtschaft wurde immer fragwürdiger, die Bodenpreise sanken, aus Ackerland wurde vielfach wieder Viehwirtschaft. Aber auch in der Tierhaltung wirkte sich die Rationalisierung aus, Getreide- und Futtermittelpreise brachen direkt zusammen, woran auch künstliche Stützungs- und Ausfuhrprämienversuche nicht viel änderten.

Geringe Anpassungsfähigkeit des Ackerbaues, enorm verringerte Kaufkraft (15 Millionen Arbeitslose!) usw. wirkten sich aus. Die Ausfuhr der Agrarländer sank gewaltig, damit ihre Kaufkraft, was wiederum zurückwirkte auf die Absatzmöglichkeiten der sonst für die Landwirtschaft beschäftigten Industrie.

Das Wachstum der industriellen Erzeugung war aber noch viel rascher als das der landwirtschaft-

nicht gleichen Schritt gehalten, und mit der fabelhaften Produktionsergiebigkeit nicht die wirtschaftlichen oder Verteilungsformen. In ihrer Hilflosigkeit, des überwältigenden technischen Phänomen zu meistern, verfallen die Herren der Wirtschaft auf den krautermäßigen Gedanken des Lohnabbauens, und um die durch die technische Entwicklung brotlos gemachten Massen mit ihrem Schicksal auszuföhnen, verfallen diese Herren auf den faschistischen Gummiknüppel. Unfähig törichtes Unterfangen!

Seit dem Kriege haben sich die arbeitenden Massen auf den Vordergrund der gesellschaftlichen Bühne geschoben. Sie denken jetzt mit, sie handeln jetzt mit. Daran werden sie von nichts mehr gehindert werden können. Diesen Massen treibt die technische Entwicklung tagtäglich neue Haufen aus der Beamten-schaft und dem Mittelstand zu. Dieser Zugzug ist zwar noch nicht ganz klar über die wirkliche Ursache seiner Proletarisierung, auch ist er von Zweifeln über das Kommende geplagt, schließlich irrt er teilweise noch auf schlüpfrigen politischen Feldern umher. Aber das weiß er wahrscheinlich jetzt schon, daß die heutige Wirtschaftsform ihr Daseinsrecht verpielt hat.

Die Trübung und die Verwirrung der gegenwärtigen Zeit darf nicht den Blick dafür trüben, was sich im Untergrund der kapitalistischen „Ordnung“ vollzieht. Man darf auch nicht die revolutionäre Bedeutung der Tatsache verkennen, daß jetzt alle Länder gleichmäßig von demselben Uebel heimgeheuchelt sind. Schließlich darf man nicht außer acht lassen, daß heute die Proletariatsmassen dem Uebel nicht mehr durch Flucht ins Dorf oder ins Ausland entkommen können. Sie müssen bleiben und sich mit ihm abfinden oder mit ihm ringen. Und wenn sie zum Ringen mit dem Uebel keine Neigung verspüren sollten, sie würde ihnen beigebracht werden von der unverantwortlich negativen Weisheit der kapitalistischen Oberschicht. Fritz Kummer.

Alte Rohstoffproduktionen (Textil, Kohle, Eisen, Stahl) weiteten sich langsamer aus als die neuen Gruppen (Metalle, Kautschuk, Erdöl). Textilrohstoffe litten unter der Neuerung „Kunstseide“, die Produktion war im letzten Jahre kaum ein Achtel größer als 1913. Die Stahlproduktion war 1929 um 57 Prozent größer als 1913 (neue Anwendungsmöglichkeiten im Bauwesen usw.), Eisen stieg um 24, Kohle um 15 Prozent. An Kupfer dagegen wurde 1929 doppelt soviel produziert wie 1913, Aluminium viermal, Blei, Zink und Zinn doppelt soviel wie 1913. Die Erdölproduktion vervierfachte sich, Kautschuk wurde zehnmal soviel erzeugt wie 1913. Bis 1929 zeigten auch die verarbeitenden Industrien ein stetes Wachstum. Die Jahre von etwa 1922, besonders aber 1925—1929, waren Jahre schnellsten technischen Fortschritts. Die Produktivität je Arbeiter 1923-25 zu 100 gesetzt, betrug in den Vereinigten Staaten im Jahre 1929 116. In Deutschland dürften diese Ziffern, wie Bergbau und andere Industrien zeigen, wesentlich überholt worden sein.

Die Verbrauchsentwicklung blieb überall, in einzelnen Ländern und Gruppen katastrophal, hinter der Produktionssteigerung zurück. Die letztere wurde unsinnig gefördert durch Fehlleitung von Kapital, Festlegung in nicht ausnützbar Anlagen, Ausschaltung des kapitalistischen Lebensprinzips Konkurrenz durch Kartelle und Monopole, Hochhaltung der Inlandspreise zugunsten von Schleuderpreisen für das Ausland.

Der Enqueteauschuß hat für die Eisenindustrie riesige Fehlleistungen von Kapital, eine Verschwendung von 150 Millionen Mark jährlich als festgestellt erachtet. Die Schwerindustrie wehrt sich ausdrücklich gegen solche Gutachten. Sie wehrt sich auch gegen Auffassungen, wie Professor Bonn sie zum Ausdruck brachte:

„Die kapitalistische Organisation ist ein Stück unproduktiver Erwerbslosenfürsorge für die Unternehmer, weil Kartelle nicht die Untüchtigen ausschalten... Es muß vor allem eine Umverteilung der Anlagekapitalien von ihrem fiktiven (angenommenen) Wert auf eine dem Ertrag entsprechende Größe stattfinden... Die Reorganisation des deutschen Wirtschaftslebens verlangt Preisentlung, die nicht einfach durch entsprechende Lohnentkungen weitgemacht werden kann. Deutschland muß ein Land mit niedrigen Lebenskosten und hohen Realloöhnen werden.“

Die Gruppe einsichtiger Unternehmer, mit denen etwa die Gewerkschaften zu einer teilweisen Gemeinschaftsarbeit zur Bekämpfung der Krise kommen könnten, ist in Deutschland verflucht klein.

In der Zeit größter Not, gegen Ende des Weltkriegs, kam sozusagen automatisch eine Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der deutschen Unternehmer- und Arbeiterverbände zustande, die ein zeitweises Zusammenarbeiten garantierte, um die Rückführung von Millionen von Soldaten in den Produktionsprozeß und die notwendigsten Maßnahmen wirtschaftlicher Art durchzuführen. Voraussetzungen der deutschen Unternehmer für diese „Arbeitsgemeinschaft“ war das Zugeständnis voller Kooperationsfreiheit, Abgabe der Unternehmer an die Gelben, die Zustimmung zum Achtstundentag und zum allgemeinen Abschluß von Tarifverträgen.

Koalitionsrecht, Tarif- und neues Arbeitsrecht, der Achtstundentag konnten von den Unternehmern nicht mehr beiseite geworfen werden, wenn am Verhalten der letzteren auch wesentlich die Arbeitsgemeinschaft zerbrach.

Gelernt hat das deutsche Unternehmertum nichts. Stim-mungs-mäßig (nicht zu unterschätzen!) und praktisch könnte ein Unternehmervorzicht auf reaktionäre Maßnahmen ungeheuer viel zur Milderung der Krise bedeuten.

Während früher im Bergbau und in der Eisenindustrie in einer Krise die Preise um 20 und mehr Prozent und nachfolgend die Löhne um 7 bis 12 Prozent sanken, möchten die Unternehmer es heute umgekehrt haben. Sie wollen nicht begreifen, daß Kaufkraftverminderung durch Lohnentkung nur zu einem lächerlich geringen Teil durch Mehreingang von Auslandsaufträgen weitgemacht werden kann. So verlängern und verschärfen sie die Krise, statt sie zu mildern!

Ja, sie tun mehr! Sie verweigern, wie im Ruhrbergbau, Kontrolle ihrer Geschäftsergebnisse, Selbstkosten usw. und verlangen, daß man ihren Behauptungen glaubt. Darauf gestützt, verlangen sie unerträglichen Lohnabbau ohne Rücksicht auf Wirtschaftskatastrophen mit unübersehbaren Folgen!

Sie haben die Folgen zu verantworten! Mögen sie bedenken, daß sie auf einem Vulkan tanzen!

6 Prozent Lohnabbau in Sachsen.

Die Lohnverhandlungen für den sächsischen Bergbau endeten am 31. Dezember mit einem Schiedspruch des Schlichters mit den Unternehmerstimmen, der folgendes beflagt:

1. Die Lohnordnung für den sächsischen Steinkohlenbergbau vom 1. Juni 1929 wird über den 31. Dezember 1930 hinaus mit der Maßgabe verlängert, daß die Grundlöhne um 6 Prozent herabgesetzt werden.

In demselben Ausmaße verringert sich auch der Durchschnittslohn des Volkshauers.

2. Diese Lohnregelung tritt mit dem 1. Januar 1931 in Kraft und gilt bis auf weiteres. Sie kann mit einmonatiger Kündigungsfrist erstmals zum 31. März 1931 gekündigt werden.

Gewerkschaftsparolen der Satenfrenzler.

Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß der Machtwahn und Größenwahn der nationalsozialistischen Führer besteht ist, nicht nur die politische Macht in Deutschland zu erobern, sondern sich auch organisatorische Stützpunkte in den Betrieben sichern will. Trotz der schwülstigen und phrasenhaften Redensarten wissen die faschistischen Hauptlinge nämlich ganz genau, daß ein zufälliger Wahlerfolg inmitten einer Wirtschaftskrise oder ein Putsch nicht genügen, um das von ihnen erstrebte Herrschaftssystem auf die Dauer zu verankern. Man hat daher im Nazilager eine neue Aufgabe entdeckt, nämlich, „den Marxismus in seinen stärksten Bollwerken (in den Betrieben) auszubauen“. So heißt es wenigstens einleitend in den „streng vertraulichen Richtlinien“, die von der Nazi-Kreisleitung in Groß-Frankfurt herausgegeben worden sind. Weiterhin wird in der Einleitung betont, daß „es dem nationalsozialistischen Betriebsfunktionär gelingen müsse, Vertrauensmann der Belegschaft zu werden“. Nach dem Muster der kommunistischen Zellenbauerei versucht man also auch auf diese Weise die Zahl der faschistischen Anhänger zu vermehren.

Zur Erreichung dieses Zieles werden den Betriebsfunktionären der Nazis besondere Aufgaben zugewiesen. Bezüglich der politischen Tätigkeit wird u. a. folgendes betont:

„Die Arbeit muß systematisch durchgeführt werden. Nicht plan- und zielloses Stückwerk. So wie der Straßenzellenodmann systematisch Wohnung für Wohnung, Haus für Haus, Straße für Straße bearbeitet, so hat sich der Betriebsfunktionär Arbeitsraum für Arbeitsraum, Abteilung für Abteilung, Betrieb für Betrieb vorzunehmen. Die Propaganda erstreckt sich auf alle im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer (im Gegensatz zur Organisation, für die unter Durchführung des Ausleseprinzips nur diejenigen Arbeitskollegen in Frage kommen, die wir charakterlich für geeignet halten, um sie in unsere Reihen aufzunehmen. Jeder Organisierte muß eine Stärkung und nicht etwa eine Schwächung der NSDAP. bedeuten!).“

Die offene Propaganda kann mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen im allgemeinen nur vor oder nach der Arbeitszeit sowie in den Frühstück- und Mittagspausen bzw. evtl. bei Betriebsversammlungen ausgeübt werden. Während der Arbeitszeit ist Vorsicht geboten (ohne daß deswegen die Propaganda ganz zu ruhen braucht!). Jedenfalls wollen wir weder jüdischen, verjudeten oder reaktionären Arbeitgebern noch roten Terroristen die Freude bereiten, NS-Funktionäre unschädlich gemacht zu haben.“

Als Mittel zu dieser Kleinarbeit sollen vor allem die Zeitungen dienen, auffällig gelesen oder von „unsichtbarer“ Hand auf den Arbeitsplätzen verteilt werden. Ferner sollen verschiedene Propagandaschriften verteilt und nationalsozialistische Bücher verliehen werden. „Der NS-Betriebsfunktionär“, so heißt es weiter, „ist verpflichtet, sich im Betriebe insbesondere auch dem Kartenverkauf für unsere Versammlungen zu widmen. Wir stellen auf diese Weise den Erfolg und das dauernde Wachstum unserer Veranstaltungen sicher und erreichen, daß Volksgenossen unsere Führer hören, die sonst nie in Versammlungen kommen.“

Zur Förderung der Massenpropaganda soll monatlich ein Flugblatt erscheinen. Ferner werden Betriebszeitungen und besondere Versammlungen angekündigt. Sobald auf diese Weise erreicht ist, daß in einem Betrieb 15 Nazianhänger zu verzeichnen sind, sollen Betriebszellen gebildet werden. Ueber die Stellung der Nazis zu den Gewerkschaften bejagen die Richtlinien folgendes:

„Für die Werbung ist die Kenntnis der NS-Einstellung zu den Gewerkschaften bedeutsam. Jeder Arbeiter und Angestellte kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben (auch in den freigewerkschaftlichen), soweit er überhaupt organisiert ist. Er bleibt wirtschaftlich in den Gewerkschaften organisiert, politisch muß er den Weg zur NSDAP finden. Keine Gewerkschaft darf ihn, weil er NS ist, hinauswerfen! Gewerkschafts- und NSDAP-Mitgliedschaft schließen sich nicht aus.“

Die NSDAP sieht in den nunmehr angestrebten Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig sind, empfohlen, in ihren gewerkschaftlichen Verbänden zu bleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden statutarisch verbürgte parteipolitische Neutralität, jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu verhindern.“

Neben diesen rein politischen Aufgaben sollen die Satenfrenzler auch sozialpolitische Funktionen erfüllen:

„Der NS-Funktionär hat nicht nur passive Beratungspflicht, d. h. er soll nicht nur beraten, wenn man zu ihm kommt, sondern er hat sich auch in diesen Fragen als Aktivist zu betätigen. Ohne besonders dazu angehalten zu werden, hat er (auch wenn er noch nicht Betriebsrat ist) auf die strikte Durchführung gesetzlicher Bestimmungen und die Sicherheit bzw. Sicherstellung der tariflichen Rechte der Arbeitnehmer zu achten. Kontrolle der Durchführung tariflicher Bestimmungen! Einhaltung der Tarifhöhe! Arbeitsüberwachung! Urlaubsgewährung! Entlassungsfragen! Lehrlingsausbildung! Arbeiterjugendbestimmungen (Unfall und Gesundheit)! Unsaubere Vorgänge! Überall gilt es rücksichtslos durchzugreifen. Soweit der NS-Funktionär nicht Betriebsrat ist, hat er die Pflicht, die von ihm gemachten Feststellungen schriftlich an den Betriebsratsvorsitzenden einzureichen.“

Reminiszenz der maßgebenden Tarifverträge, des Betriebsratsgesetzes usw. muß sich der NS-Funktionär aneignen. Die von der Abteilung 3a geplante Schulungsarbeit soll hier nachhelfen.

Vertretungen beim Arbeitsgericht übernehmen automatisch die Betriebsräte bzw. außerdem für Gewerkschaftsmitglieder die Gewerkschaftsbeamten.

Aufgabe des NS-Funktionärs ist es, sich für folgende Fälle die Vertretung der Belegschaft bzw. insbesondere der Parteigenossen anlegen (sein lassen): 1. wenn er selbst Betriebsrat ist, 2. wenn kein Betriebsrat vorhanden ist, 3. wenn Betriebsräte bzw. Gewerkschaftsbeamte die Vertretung von Parteigenossen ablehnen, 4. Vertretung unorganisierter Arbeitskollegen. Soweit es dem einzelnen Funktionär anfangs nicht möglich ist, vor dem Arbeitsgericht erfolgreich aufzutreten, steht die Abteilung 3a mit Parteigenossen zur Verfügung.

Noter Terror. Bei Eintritt marxistischen (oder auch jüdischen bzw. reaktionären) (!) Terrors muß sich der NS-Funktionär mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Die Abteilung 3a ist sofort zu verständigen!

Sehr interessant ist es, daß man in diesem Zusammenhang auf Artikel 118 und 159 der Reichsverfassung (!) sowie auf die

§§ 66 und 84 des Betriebsrätegesetzes verweist. Hinsichtlich der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen wird grundsätzlich betont: „Keine Betriebsvertretung ohne Nationalsozialisten!“ Als praktische Maßnahmen werden im einzelnen folgende Punkte erwähnt:

- „Kampf den marxistischen Räten,
- „Feststellung des nächsten Wahltermins,
- „Aufstellung einer Liste „Nationale Sozialisten“,
- „Durchführung des Wahlkampfes,
- „Vorbereitungen für die Wahl,
- „Aktive Betriebsratsstätigkeit.“

Nachdem man die Errichtung eines besonderen Nachrichtenendienstes empfohlen und sozialpolitische Schulungskurse in Aussicht gestellt hat, befaßt man sich zum Schluß mit der Meldung freier Arbeitsstellen und betont den Grundsatz: „Jeder freie Arbeitsplatz einem Nationalsozialisten!“ Dazu wird ausgeführt:

„Dem NS-Funktionär wird es zur Pflicht gemacht, freie Arbeitsstellen sofort der Kreisgeschäftsstelle zu melden. Eine große Anzahl von Parteigenossen sind arbeitslos. Sie können dem NS-Betriebsfunktionär wertvolle Dienste in seinem Betrieb leisten. Im übrigen erfordert selbstverständliche nationalsozialistische Solidarität, mit allen Kräften unseren Parteigenossen zu helfen, wieder zu Arbeit und Brot zu kommen.“

Die Abteilung 3a wird demnach den Funktionären eine Liste über die Berufe und das Alter der erwerbslosen Parteigenossen übermitteln. Es muß im übrigen dem Geschlecht des Funktionärs überlassen werden, so taktisch klug vorzugehen, daß es ihm gelingt, die Stelle mit einem Parteigenossen zu besetzen. Während der dort sich vorfindende Parteigenosse „zufällig“ von der Stelle erfahren haben muß bzw. „zufällig“ nach Arbeit fragt und sich streng neutral zu verhalten hat, wird es in anderen Betrieben notwendig sein, den benachrichtigten Parteigenossen anzuweisen, sich als NS. auszugeben und ihn am besten an den in Frage kommenden, die Einstellung bewirkenden Angestellten überweisen.

Grundsatz: Jeder freie Arbeitsplatz einem Nationalsozialisten!“

Wenn auch diese Arbeit der Nazis uns nicht so gefährlich werden kann, wie sie es wünschen, so ist es doch notwendig, daß unsere Kameraden diesen Leuten scharf auf die Finger sehen!

Adolf Hitler.

Der Werdegang eines Gelben.

Nun wissen wir, wo er herkommt, der „große“ Adolf Hitler! Er hat sich nämlich einen Biographen zugelegt, der ihn in seinem Werdegang zeigen soll. Vorweg genommen: Das Ganze stellt nur eine einzige servile Schmiererei dar und es wäre eine Beleidigung unserer Leser, würden wir ihnen empfehlen, dieses Geschmiere selbst zu lesen. Es ist erschienen unter dem schönklingenden Titel: „Hitler, eine deutsche Bewegung“. Von Czedy-Jochberg, Stallung-Berlag, Oldenburg i. O. Wir würden das Buch auch hier gar nicht erwähnen, wenn es nicht Aufschluß darüber gäbe, daß Adolf Hitler von jeher ein „Gelber“ war, der überall nur die Verachtung seiner Mitbeschäftigten gefunden hat.

Es war in Oesterreich, wo Hitler seine Laufbahn begann und von wo er später nach Bayern auswanderte, sich damit gleichzeitig der Dienstleistung im österreichischen Heer entziehend. Für Oesterreich war also Hitler, der Mann, der sich bei uns als „Erneuerer des nationalen Ehrgefühls“ aufspielt, ein ganz gewöhnlicher Deserteur! Zwar meldet das Buch hiervon nichts, wofür aber davon, daß die Wiener Arbeiter „mit diesem Kerl“ nicht arbeiteten, denn: „er ist ein Gelber.“ So schreibt Hitlers Biograph. Doch jütieren wir wörtlich, was Czedy aus dem Arbeitererlebnis Hitlers erzählt:

„Hitler stürmte Linas. Vielleicht würde er noch einen Stehplatz in der Oper erhalten.“

Aus einem Küchenfenster gestellte ein Schrei... langgezogen wie eine Sirene.

Der Arbeiter Karadelta prügelte sein Weib. Gestern war Zahlag gewesen. Wer war da nicht betrunken? —

Nahm sich niemand dieser Menschen an, die Freitags mit den Köpfen auf der Tischplatte eines Vorstadtagsthauses schliefen, weil sie nicht mehr nach Hause zu wandern vermochten, die am Samstag den Bau veräuserten und am Montag beim Nachbar um ein paar Kreuzer bettelten, weil sie kein Brot mehr hatten?

Doch, Sie war sogar nicht einmal schlecht, die Kontrolle: da stand mit einemmal derselbe Vertrauensmann, mit dem Hitler in der Mittagspause über Volk und Religion und Fortschritt debattiert hatte, vor dem Baumeister, schwenkte bei jedem Sage seine Rappe, fachte seine Stimme an: „Wir arbeiten nicht mit diesem Kerl... er ist ein Gelber.“

Der Baumeister sah dem Erhöhten ins Gesicht, dachte nach, fand, daß es ganz unnötig sei, sich eines Hilfsarbeiters wegen in einen Streit einzulassen und entließ Hitler.

Wie oft er das erleben mußte! Von Bau zu Bau wanderte er, wurde stummer und erbitterter. Zwischendurch, wenn er nicht auf dem Bau war, gab es Pausen, in denen er sprechen konnte. Aber es spricht sich schlecht, wenn man hungrig ist... Dann kam es anders. Dann geschah es einmal, daß die Arbeiter die Köpfe zusammenstreckten und scheele Blicke nach dem Hilfsarbeiter sandten.

„Werft ihn vom Gerüst hinunter...!“

Bernunft droffelte: „Schämt euch...!“

„Dann ist's eben ein Unfall... fertig.“

„Was hat er euch getan...?“

Jetzt formte der Hädelsführer mühsam das Wort, das er vom Gewerkschaftssekretär gehört: „Ein Schädling unserer Bewegung, ein Verräter...“

Die anderen lachten roh. Es würde noch einen Spaß geben heute.

Dann drückte sich doch ein alter Arbeiter und schob sich... Hitler heran und bat ihn, den Bau zu verlassen, ehe er vor dem Brett in die Tiefe klastete und der Wächmann seinen Bleistift in den Mund nahm: „Unfall auf einem Neubau...“

Wirklich, so haben wir ihn uns immer vorgestellt, den „großen“ Adolf! „Gestern war Zahlag gewesen. Wer war da nicht betrunken?“ Diese schimpfliche Frage an die Arbeiterchaft läßt also hier der Führer einer „Arbeiterpartei“ seinem Biographen stellen, womit gesagt sein soll, daß zu Hitlers „Arbeiterzeit“ sämtliche Arbeiter am Tage nach dem Zahlag selbstverständlich beoffen waren! „Oder wer nicht?“, so läßt Hitler fragen. Freilich, wenn einer die moderne Arbeiterklasse noch aus dieser Froschperspektive bewertet, dann ist es kein Wunder, wenn er als Mensch des zwanzigsten Jahr-

hunderts einen Anfall bekommt, der ihm die Erfüllung einer Rettermiffion als unabwendbare Notwendigkeit vorgaubert.

Statt sich aber mit diesen seinen nach Hitlers Lügenphantasie an jedem Sonntag besoffenen Klassenbrüdern zusammenzutun, um gemeinsam den organisierten Kampf um materiellen und kulturellen Aufstieg zu führen, wählte Hitler den Weg des Gelben. Er will nichts zu tun haben mit seinen kampfbereiten Brüdern. Er wählt den Weg des Kriechers, verleiht seine organisierten Kameraden als feige Intriganten, als Nordbuben, als verkommene Brudermörder. (Immer unter Berufung auf den Biographen Hitlers.)

Und weil die Arbeiter Wiens diesen selben und Kriecher nicht dulden, weil man dort nur aufrechte und mutige Kämpfer haben wollte — desertiert er! Das ist Hitler! Nun wird es klar, wie dieser Mann zu seinen „Beziehungen“ kommt, wieso er jetzt zu seinen „Arbeitsbrüdern“ den ganzen Unternehmertum zählen darf, wieso der verkrachte Adel und die militärischen Größen und Gewaltpolitiker des alten Deutschland hinter ihm stehen — „er ist ein Gelber“!

Er hat sich ihnen angetragen, dieser „Arbeiterführer“! Er hat ihnen aus seiner Vergangenheit erzählt, besonders, daß er schon immer ihr Mann gewesen! Sein Biograph Czedy sollte das hier nur wieder bestätigen. Nun hat er ja seinen Lohn: fliegende Münzen, zwei Sechshöher, eine luxuriöse Neunzimmerwohnung — na, und da soll solche Gelbenpolitik nicht mehr wert sein, als diese verfluchte Gewerkschaftspolitik? Wo ist denn ein „Bonze“ in der Gewerkschaftsbewegung, der solche Erfolge aufzeigen kann, he? So darf Hitler mit Recht fragen.

Die Arbeiterchaft aber weiß jetzt, woran sie ist. Selbst die Unorganisierten haben heute schon gelernt, daß „gelb“ sein heute soviel heißt wie charakterlos sein, von der sozialen Kampfesphäre aus gesehen. Nun wohl, Hitler läßt sich hier mit Stolz als „Gelber“ vorstellen. Die Konsequenz zu ziehen überlassen wir dem Arbeiter selber!

Nazis und Bergarbeiterkampf.

Wenn die NSDAP eine Arbeiterpartei oder nur eine Partei mit Verständnis für Arbeiterforderungen wäre, so müßte sie sich klar und entschieden für die Bergarbeiter einsetzen. Das tut sie aber nicht.

Beim Berliner Metallarbeiterstreik hat Nazi-Goebbels seine Leute zur Beteiligung am Streik aufgefordert. In einer Dresdener Versammlung, die von dem Unternehmer Dr. Wildgrube, dem Vorsitzenden des Verbandes sächsischer Unternehmer, geleitet wurde, sprach der Nazimann Dr. Wagner, um die Unternehmer mit dem Willen der Nazis vertraut zu machen. Auf eine Zwischenfrage nach dem Verhalten der Nazis beim Berliner Streik erhob sich der Naziführer v. Killinger und erklärte, daß es sich in Berlin nur um eine politisch-taktische Maßnahme gehandelt habe.

Hitler selbst hat am 5. November im „Völkischen Beobachter“ zu Arbeiterfragen Stellung genommen. Da schrieb er von der entsetzlichen Not der Arbeiterchaft, der Arbeiter dürfe kein Lasttier mehr sein. Dann aber schrieb er:

„Wenn man in der jetzigen Lage Deutschlands wirtschaftliche Forderungen der Arbeitnehmer vom Standpunkt der Berechtigung aus untersucht, dann wird einem freilich der erste Blick sagen, daß die Vernunft dagegen ihren Einspruch erhebt, weil die gesamte Wirtschaft Deutschlands vor dem Zusammenbruch steht.“

Aber diesen Einspruch der Vernunft will Hitler zurückschieben, weil Deutschland jährlich 2 Milliarden Mark Tribute zahlt. Wenn man eine Milliarde in die Wirtschaft steckt, ergäbe das durch ihren Umlauf das Sechsbisachtfache an Löhnen und Gehältern.

Es ist geradezu unglücklich, daß solcher volkswirtschaftlicher Unsinn heute noch gedruckt werden kann und daß sich vielleicht auch noch Leute finden, die ihn glauben! Die Lohnkosten in der Eisen- und Kohlenindustrie über die Hälfte der Selbstkosten des Produktes aus. Es liegt also auf der Hand: Wenn man eine Milliarde in die Wirtschaft stecken kann, geht nur ein Teil davon auf das Lohnkonto, nicht aber das Sechsbisachtfache. Dann ist festzustellen, daß die Nazis im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages den SPD-Antrag auf Einstellung der Young-Zahlungen abgelehnt haben und daß Hitler die Nazis, wenn sie regierten, Erfüllungspolitik treiben müßten!

Das Naziblatt von Essen, die „Nationalzeitung“, redigiert vom Grafen v. Schwerin, bisher Redakteur der „Rhein-Westf. Ztg.“, beschäftigte sich am 1. Januar mit der Lage im Ruhrbergbau. Mit keinem Wort spricht sich das Naziblatt für die Berechtigung des Bergarbeiterstandpunktes aus! Es phantasiert nur davon, daß die Sozialdemokratie veruche, sich auf dem Umwege über solche Wirtschaftskämpfe von der politischen Gemeinshaft mit Brüning zu lösen.

Die Nazis hätten das größte Interesse daran, daß die Beherrschung der Arbeiterchaft nicht zugunsten der Brüning- und Erfüllungspolitik noch weiter verschlechtert werde.

Naziöne schlägt auch die Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke in ihrem Kündigungsantrag an. Da wird die trostlose Lage der Industrie, die Notwendigkeit der Selbstkostenrechnung geschildert und dann heißt es:

„Wir sind uns darüber klar, daß auf die Dauer nur durch Einstellung der Tributzahlungen aus dem Young-Plan und schärfste Drosselung der öffentlichen Ausgaben eine wirkliche Gesundung herbeigeführt werden kann; in dessen sehen wir im Augenblick doch keinen anderen Ausweg aus der Notlage, als durch eine angemessene Lohnsenkung die unabweisbar notwendige Ermäßigung der Selbstkosten einzuleiten. Nur so kann es gelingen, den heute noch Beschäftigten ihre Arbeitsstätte zu erhalten und die Beschäftigungslosen wieder in den Arbeitsprozeß einzuführen. In dieser Notlage blieb uns nichts anderes übrig, als unseren Belegschaften mit dem Ziele einer Lohnsenkung zum 15. Januar 1931 zu kündigen. Wir glauben, unsere Werksangehörigen dazu bereit zu finden, uns nicht nur im Kampf gegen Tributzahlungen und übertriebene Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand zu unterstützen, sondern auch die auf dem Gebiet der Löhne zur Zeit unumgänglich notwendigen Opfer zu bringen zur Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft.“

Ihre Sünden sehen die Herrschaften nicht. Die Eisenindustrie hat noch mehr als der Bergbau Milliarden Mark fehlerhaft angelegt.

Durch technische Neuerungen machten sich nach dem amtlichen Enquetebericht in den letzten Jahren die umfangreichen Neubauten und die auf 150 Mill. M. jährlich zu schätzende unnötige Belastung nicht erforderlich. Diese Wirtschaftssünden sollen die Arbeiter ausbaden!

Kampf gegen den Tributplan ist nicht nach Wöglers und Nazimanier, sondern nur in ruhiger Entwicklung möglich!

HAUS UND LEBEN

Volksnot — Volksseele.

Die Seele des Volkes ist zerrissen durch dieses ewige Sorgen und diese ewige Not. Ins Aller-Alltägliche wird sie gezerrt, sie, die da so reich ist des Innerlichen, des Brüderlich-Bindenden, des Göttlichen.

An das Gute glaubt sie, aber das Leben wird von einem anderen Gedanken als dem des Guten beherrscht. Völl des Schönen ist sie, aber Heim und Welt sind ihr nur kalt und öde. Vom Wollen des Wahren ist sie durchdrungen, aber im Dasein herrscht Lug, schlägt die Unwahrhaftigkeit dem Menschen ins Gesicht, alle Tage. Und da rettet die Seele sich in Tiefe und Größe vor dem Untergang.

Nicht an dem einen oder anderen einzelnen kann man das Volk erkennen. Nimm sie alle! Sei einer von allen! Und du fühlst die Seele des Volkes in allen und in dir. Und du hörst aus dem Dunkeln heraus den Sehnsuchtschrei nach dem Hellsten. Und aus der lähmenden Not fühlst du den größten Glauben heraus.

Aus dem Sorgenalltag wuchs Volk in die Tiefe seiner Seele, und aus dieser Tiefe seiner Seele lodert der Feuerglaube an das Gewaltigste.

Durchglühende deinen Kampf mit diesem Glauben, dieser Tiefe, dieser Fülle deiner Seele, Volk, und du erzwingst es durch deinen Kampf, eines Tages, dieses Gewaltigste.

Dr. Gustav Hoffmann.

Tote Stätten.

Breit und behäbig still liegt die Zeche inmitten der Kolonie. Sonderbar still seit einiger Zeit. Das graue Schachtgerüst zittert nicht mehr. Die Seilscheiben rosten in ihren Lagern. Die roten Ramine spucken nicht mehr ihren dicken Rauch in den weiten Himmel und der weiße Dampf der Kühltürme spielt nicht mehr im Wirbel des Windes. Still hängen die Förderkörbe in den Spuren des Schachtes, als wären sie müde und ruhten aus von der Hehrajagd der Zeit, die sie verschlungen hat. Dürre Gräber und gelbe Blumen wuchern an den Abhängen der Steinhalbe, und es scheint, als nährten sie sich von all dem Schweiß und Blut, welches die schwarzen Männer in der dürstenden Erde ließen. Langsam stirbt der Schacht. Hoch oben auf dem Turm werden die Seilscheiben abmontiert und Teil für Teil verschwindet auch vom Förderturm und rollt auf Automobilen durchs Pechentor, bis es ganz verschwunden ist. Sprengschüsse ertönen. Ramine zucken in ihrer gigantischen Größe zusammen, bersten und fallen um. Die Stätte gleicht einem Trümmerhaufen. Mit dem Schutt der Ramine und Gebäude stopfen sie dem gähnenden Schacht das Maul zu. Nun ist die Zeche tot. Leer gähnt der Zechenplatz durch eiserne Tore.

Im fahlen Mondlicht erheben sich die mächtigen Gestalten der Hochöfen wie Gespenster in den Nachthimmel. Verschwunden ist der rote Flammenschein, den die brennenden Gase des Nachts gen Himmel warfen. Nicht mehr stopfen harte Männer die Wände der Öfen voll, damit sie Gase spucken können. Nicht mehr quillt das flüssige Eisen aus ihnen heraus. Nicht mehr verbrennt es den Männern die Haare. Nicht mehr frißt sich der Gifttauch in die Lungen und schlüpfert langsam die Menschen ein. Und dieses alles, weil sie kalt geworden sind, die Hochöfen. Jahrelang spie der Ofenbauch Eisen. Alles bauten sie: Schiffe, Brücken, Seilen. Tagaus, tagein sprühten die Funken verbrennender Eisentröpfchen. Das leuchtende Eisen strahlte und das ganze Werk war in ein rotes Licht getaucht. Jetzt sind sie kalt — die Hochöfen, die den Menschen Licht und Wärme gaben. Jetzt sind sie kalt, und die Menschen hungern und frieren.

Der Himmel drückt seine graue Regenstirn tief auf die große Stadt. Die Türme der Kirchen und die Giebel der Häuser reden

Lebend unter dem Bruch.

Rrrr! lärm der Wecker. Die Sirenen heulen auf, durchbrechen mit ihrem Getöse in kurzen Abständen den stillen Morgen und wecken den Bergmann zu seiner harten Pflicht. Otto Berter gähnt, wirft die Bettdecke zurück und steht schwerfällig auf. Er ist noch müde, denn heute wird von den Bergleuten viel Arbeit verlangt, so daß die Freizeit kaum reicht, sich ordentlich auszuruhen. Ottos Frau füllt die große Kaffeeflasche mit Kornkaffee, widelt einige Margarinebrotstücke in Zeitungspapier und steckt sie in die Rocktaschen ihres Mannes. Berter trinkt eine Tasse warmen Kaffee und sieht dabei nach der Uhr, deren Zeiger langsam vorrückt und zur Pflicht mahnt. Dann steht er auf, küßt sein Weib auf den frischen Mund und geht mit schweren Schritten aus dem Haus.

Oben am Schacht ist es kalt zu dieser Jahreszeit. Hustend, fröstelnd warten die Bergleute auf die Seilsfahrt. Müdigkeit, Sorge und Not spricht aus ihren Gesichtern. Der Glanz ihrer Blicke ist getrübt durch Nacht und Gestein. Selten nur spricht einer. Der Wind zieht um die schwarzen Fördergerüste und bläst mit seiner Kälte durch die dünne Kleidung der Wartenden. Sechs Uhr morgens. Wieder brüllen die Sirenen. Signale ertönen. Die Seilsfahrt beginnt. Die Kontrollmarke abgebend, steigen die Bergleute in den Korb, der, wie ein schwarzes Ungetüm auf ein Zeichen lauernd, bald darauf verschwindet. Nicht lange dauert es und die Siebe und Bänder der Lejeban quierschen und brummen. Ruckartig setzen sich die Becherwerte in Bewegung. In der Wäsche braust, läuft und wogt das Wasser. Vor der Kohlschuppe stoßen und krachen die Wagen aufeinander. Bolternd und staubaufwirbelnd fallen die Kohlenstück- und haufenweise unter die Rippe. Die Körbe schießen schnell aus der Grubenacht empor, um ebenso schnell zu verschwinden. Kohlen! Kohlen! Profit!, singt vielstimmig die Arbeit ihr alltägliches Lied.

Berter geht mit seinem Kumpel Emil vor Ort. In der linken Hand hat er seine Lampe, in der rechten sein Gezäh. Emil folgt ihm. Während des Gehens betrachtet er die Rappen und Straßenschemel. Verschiedene sind seit gestern geborsten, manche stark geknickt und krumm. „Der Druck scheint wieder stärker geworden zu sein“, sagt Otto. „Ja, Otto, ich merk es auch“, gibt Emil zurück. „Naß auf, Emil, wir müssen wieder Reparatur machen.“ „Wo wir wieder nichts dafür bekommen, Otto“, ergänzt ihn Emil. „Ist eben Rationalisierung, natürlich immer auf unsere Kosten, Emil.“

Bergleute.

Wir steigen aus der schwarzen Tiefe mit schwarzen Händen und schwarzem Gesicht.

Unser Kleid und Hemd ist schwarz.

Schwarz vom Staub der Kohle.

So steigen wir aus der Tiefe.

So sinken wir hinab.

Unten verbinden sich die Hände der Arbeit in Arbeit.

Von morgens bis mittags. Von mittags bis abends. Von abends bis morgens.

Immer den gleichen Gang.

Uns lacht nicht die Sonne, wenn wir wühlen im schwarzen Gold.

Uns freut nicht der Glanz der Sterne, wenn wir frönen in der Nacht.

Uns leuchtet nur die kleine Flamme unserer Lampe, in deren matten Scheine unser Körper sich aufreckt, und die Augen, geblendet, das Licht suchen, das uns hinaufführen soll aus der schwarzen Tiefe.

Wir werfen unseren Kopf hoch.

Nach brennt die kleine Flamme.

Mit unserer Arme Kräfte bringen wir der Welt das Licht.

Wir! Bergleute!

Karl Arend (Bottrop).

sich sehnsüchtig, als wollten sie ins Licht empor. Ueber den mächtigen Steinleib der Stadt schreitet das Leid. Ihr Atem geht dumpf und schwer. Auf feuchtem Asphalt zieht es einher, vorbei an den toten Stätten der Arbeit. Auch in die Herzen der Menschen ist es eingezogen.

Wie Schatten huschen die Gestalten über den Asphalt einher. Die Blicke starren gebannt auf die Fenster, in denen all das liegt, was sie entbehren müssen. Dort schimmern die Auslagen eines Juweliergeschäftes; auf Samtkissen funkeln Edelsteine und Schmuckstücke in Gold und Silber. Die Hände ballen sich in den Taschen und Flüche gehen über ihre Lippen. Dort drüben im Fenster liegen die Auslagen, die zu ihrem trockenen Brot gehören: Butter, Wurst, Käse usw. Die Hände lösen sich in den Taschen, als suchten sie das Nadel, für das sie die Ware eintauschen können. Aber ihre Taschen sind leer. Die Blicke wenden sich ab und in den dünnen Kleidern schütteln sich die kalten Glieder.

In langen Reihen, wie Schlangen, stehen sie vor den Stempelhallen. Mit verzerrten Gesichtern reichen sie eine graue Karte in das Schalterfenster und mit der Unterstützung wird sie ihnen wieder herausgereicht. Einige Mark halten sie in ihren Händen. Heim zu Frau und Kind! Brot kaufen! Sich einmal fattessen! Aber nein: Nicht Tage soll die Familie davon leben. Zurück gleiten sie dieselben Straßen, vorbei an den Fenstern, in denen ihnen Butter, Wurst und Käse heller funkeln als all das Gold und Silber auf der anderen Seite.

Die grauen Wolken eilen am Horizont dahin. In einen Schlier ist die Stadt gehüllt. Die Männer glauben nicht mehr an das Leben. Das Leid liegt über der Stadt.

Ein Windstoß stob über die Stadt, trieb die Wolken auseinander und ein Strahl der Sonne fiel in die noch feuchten Straßen. Von weither klang eine schwere Melodie, wurde zu Donnerrollen, wie Sturmgebräus, dann kampfeslustig und siegesbewußt. Ueber steinerne Straßen zog ein heer junger Menschen unter einem Wäld von roten Fahnen. Ihre Haare flatterten im Winde und ihre Augen leuchteten. Ihre Blicke waren trotzig und entschlossen. Ihrelieder klangen nur von Freiheit und Leben, Sonne und Glück.

Die Menschen der Stadt wurden lebendig, wie umgewandelt waren sie. Sie alle zogen mit. Auch in ihre Augen kam ein Leuchten. Jetzt wußten sie, daß diese jungen Menschen an eine bessere Zukunft glauben und bewußt kämpfen für ihren Glauben.

Karl Arend.

Vor der Arbeit sieht Otto nach der Wettertafel. Alles rein. Dann staubt er zehn Meter von seiner Arbeit die Strecke ein. Emil schmiert in dessen den Abbaubanner, schließt den Luftschlauch an die Luftleitung und dann geht es los. Nicht lange und der Schweiß rinnt von den nackten Körpern, verschmitzt mit dem Kohlenstaub zu einem feuererlöschenden Brei, der an den Körpern klebt. Emil und Otto arbeiten gleich Motoren, die ein Hebelgriff meistert. Weib und Kinder brauchen Brot und Kleidung.

„Glückauf!“, grüßt der Steiger. Emil ist mit dem Kohlenwagen fortgefahren. Otto hält inne mit seiner Arbeit. Er stößt den Abbaubanner in das Liegende, wickelt sich mit der Mütze den Schweiß aus dem Gesicht und erwidert den Gruß. „Alles in Ordnung, Berter?“ „Soweit ja. Aber vorne wird es kribbelig. Da müßten ein paar Hölzer zwischen.“ „Ich habe es gesehen. Das müßt ihr machen, sonst haben wir den ganzen Salat da liegen.“ „Ja, aber wie ist es mit dem Bezahlen? Wir haben diesen Monat wiederholt Reparaturen gemacht.“ „Nun, das sieht schon noch dran. Also ihr macht das?“ Mit diesen Worten dreht sich der Steiger um und verschwindet. Otto verbeißt seinen Neger. Immer diese Nebenarbeiten, die nicht bezahlt werden! Sie flehen heute wie Schmarotzer an regulären Bedinge und erhöhen die Profitrate den Aktionären. Emil kommt wieder. Er flucht, als er alles erfährt. „Machen wir es nicht, Emil, dann bricht die Strecke ganz zusammen und unser Lohn ist kaputt. Was bleibt uns übrig? Wir müssen es machen.“ Emil nimmt sein Gezäh und geht knurrend an die betreffende Stelle der Strecke. Noch einmal sieht er Otto an. Es war der letzte Blick. Wie sollten sie sich wiedersehen.

Während Otto Schaufel auf Schaufel Kohlen in den Wagen wirft und Emil eifrig dabei ist, das Zwischenholz zu setzen, drücken, schieben und kniftern die ungeheuren Gebirgsmassen mit unbezwingbarer Gewalt gegen den Ausbau. Nichts ist ihnen gewachsen. Eisen, Betonsteine, alles zerbröckelt, verschiebt und verbiegt diese unmeßbare Schwere dieser grauen Erdkruste. Die Kraft des toten Gesteins, die Massen zusammengefügter Urstoffe,

einst unter- und überspült von den ewigen Fluten des Meeres, von dem Heulen und Fischen übergewaltiger Zyklope, scheinen sich noch in ihren erstarrten Formen nach dem Rhythmus ihrer Entstehung zu bewegen. Eine Stunde ist seit der Trennung Otto und Emils vergangen. Otto bohrt die Steinschiffe im Liegenden. Nichtsahnend sieht er dem Bohr zu, wie es sich langsam fressend in den Stein dreht. Da — ein Poltern, Krachen und Brechen hinter ihm! Jäh und entsetzt springt er auf, greift nach seiner Lampe und will fortlaufen. Zu spät! Er ist abgeschloffen. Abgeschloffen von der Außenwelt. In Qual und Angst 600 Meter in der Erde! Für Momente wird es Otto schwarz vor den Augen. Seine Kehle ist wie zugeschnürt, seine Knie zittern. Plötzlich steht seine Frau vor seinen Augen, dann Emil. Was mag mit ihm sein? Tot, eingeschlossen wie er? Otto vermag nicht zu denken. Wie ein Wahnsinniger stürzt er sich gegen die Gesteinsmassen. Vergebens. Alles zu! Otto starrt in seine Lampe. Seine Gedanken sind wirr und peitschen durch das Hirn, daß die Schläfen hämmern. Hals und Mund sind trocken. Schwer und leuchtend geht sein Atem. Ersticken, verdursten, verhungern? Oder wird man ihn retten? Alles wirkt ja so lähmend, entsetzlich auf ihn. Während Otto mit sich und seiner Lage verzweifelt kämpft, hat Emil längst sein Leben ausgehaucht.

Stunden sind vergangen. Die Kameraden gehen heim, die mit Otto eingefahren sind. Gerüchte schwirren durch die Stadt von dem Geschehenen. Das Gelpenst der Katastrophen streckt seine eiskalten Krallen wieder erbarmungslos in die Herzen wartender Mütter und Frauen. Das dunkle Bangen und Warten verflucht, sobald sie ihre Söhne und Männer sehen. Ein Mädchen überrennt die gequälten Herzen beim Wiedersehen. Nur zwei Frauen warten vergebens.

Zwei Tage später. Von Otto und Emil weiß man nichts. Nur, daß beide verschüttet sind. Fieberhaft wird gearbeitet. Mühselig nur kommt man vorwärts, denn das Gebirge bricht nach. Es arbeitet, schiebt, drückt und knallt, als gäbe es sich mit den beiden Opfern noch nicht zufrieden. Die Kameraden leisten das Menschenmögliche. Hartnäckig und unermüdet sind sie. Es gibt kein Nachlassen im Ringen mit den Gesteinsmassen. In jedem von ihnen glimmt noch, trotz der zwei Tage, die schon ohne Erfolg vorbei sind, ein Funken Hoffnung, beide Verschütteten lebend zu bergen. Da — ein schwaches Klopfen am Luftrohr. Die Schaffenden halten inne. Was war das? Haben sie sich getäuscht? Doch nein! Da hört man es wieder. „Sie leben“, rufen alle freudig. Bald klopfen auch sie. Otto hat das Luftrohr freigelegt. Er hat sich nicht dem Schicksal anvertraut, sondern mutig und gefaßt immer und immer versucht, sich irgendwie zu befreien. Sich zu verständigen ist ihm zwar gelungen. Gerade als er das Rohr freigelegt hatte, erlosch seine Lampe. Ermüdet, hungrig und durstig, übermannte ihn doch der Schlaf. Aufgewacht, marterten ihn aufs neue die Qualen eines von der Welt Abgeschnittenen. Kein Licht. Undurchdringliche Nacht wie im Grab. Mit dem Schaudern dieses Eindrucks paarte sich Hunger und Durst. Otto wühlte weiter im Gestein. Verzweifelt merkte er in einer Ecke seiner Höhle, wie der feinere Stein langsam nachrutschte. Er hielt sich bestmöglich für verloren. Dann klopfte er unablässig an das freigelegte Luftrohr, um sich mit seinen Rettern zu verständigen, die nun Gewißheit über die Lage der Verschütteten haben und mit doppelter Kraft arbeiten.

Bald darauf ist auch eine wörtliche Verständigung zwischen den Rettern und Otto möglich. Otto hat das Luftrohr öffnen können und wie durch ein Sprachrohr eines Stapels seine Lage den Kameraden geschilbert. Tiefes Mitgefühl prägt sich in die bestaubten, schwindenden Gesichter. Erstaunt und betroffen hören sie die Nachricht, daß Emil nicht bei Otto ist. Einen Augenblick ist alles still. Der Todeschatten schleicht durch die Gedanken der Kameraden. Kann nicht jeden von ihnen das gleiche Los treffen? Ist der Leib der Erde nicht ein fressendes Ungeheuer, welches unerfährlich Blut und Menschen frißt? Otto sieht am Luftrohr und fragt und redet. Er will sofort seine Frau benachrichtigt wissen. Wo ist Emil? will er wissen. Niemand weiß darauf zu antworten. Otto ahnt das Schicksal seines Kameraden. Es tut ihm leid. Doch was kann er machen? Er, der selbst hilflos und verzweifelt war und jetzt einen Lichtblick auf Rettung hat! Einige Zeit verstreicht. Otto ist ruhiger geworden. Mit fester Zuversicht sieht er den Dingen entgegen. Nur Hunger und Durst peinigen ihn mehr. Er verständigt sich hierüber mit den Kameraden. Was nun? Für die ersten Tage kommt man nicht an Otto heran. Otto steht in der Gefahr, buchstäblich zu verhungern. Das wäre schrecklich. Man überlegt hin und her. „Halt“, spricht plötzlich einer, „ich hab's!“ Alle lauschen gespannt. „Wir befördern die Speise durch das Luftrohr und Otto frägt sie mit den Händen oder besser mit dem Schuh auf.“ „Bravo, das geht“, rufen die andern. Man verständigt Otto. Ein Freudentau mel überkommt ihn. „Wenn nur das Gebirge nicht noch stärker ausläuft in der Ecke, bin ich gerettet“, denkt er. Es dauert nicht lange und Otto speist in seiner Höhle sechshundert Meter unter der Erde nach zwei Tagen des Grauens und Schreckens aus einem durchschwitzten, bestaubten Kohlenschuh. Otto bekommt nun regelmäßig auf diese Art seine Suppen. Er fühlt sich „ganz wohl“ dabei und gibt den Kameraden Mahnungen, vorsichtig zu arbeiten. Es ist auch sehr gefährlich und öfter droht das Rettungswerk wieder zu Bruch zu gehen. Wagen auf Wagen Steine rollen davon. Holz neben Holz wird geleht, verzogen und verholzt. Unaufhörlich schürfen und krachen die Hacken und Schaufeln. Ob Tag, ob Nacht, rastlos wird gearbeitet.

Wieder sind Tage verstrichen. Otto harret mit Geduld und Ausdauer auf seine Befreiung. Nur eine unbändige Sehnsucht nach seinem Weib, nach Licht und frischer Luft quält ihn. Näher und näher hört er die Retter kommen. Es wird auch Zeit, denn das Gebirge läuft am hinteren Ende der Höhle weiter aus. Der Raum wird immer kleiner. Ab und zu knallt das Gebirge, als wollte es von neuem seine erdrückenden Massen den Menschen entgegenpressen. Otto zweifelt fast wieder an seiner Rettung. Am sechsten Tage birgt man die Leiche Emils. Er stand aufrecht im Gestein. Die Gesteinsmassen müßten ganz plötzlich herein gebrochen sein. Otto wurde davon nichts mitgeteilt, um ihn nicht zu beunruhigen. Nach zwei Tagen legte man Otto frei. Die Höhle war inzwischen fast zusammengeklappt und Otto lag auf dem Rücken. Stumm sieht er seine Retter an. Tränen der Rührung rollen ihm über die Wangen. Seiner Brust entringt sich ein befreiter Seufzer. Er kann es nicht fassen, daß er befreit ist und lebt. Es war eine lange, verzweifelte, todesnahe Schicht, die nach acht Tagen ihr Ende nahm und ihm das Licht der Sonne wiedergab.

Walter Geier.

2.

Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit

vom 4. bis 10. Januar 1931

Kollektiv- oder Einzelverträge?

Im deutschen Bergbau konnten erst seit dem Jahre 1919, also seit Beendigung des Krieges, Tarifverträge abgeschlossen werden. Bis zu dieser Zeit kam es nur zum Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem Einzelunternehmer bzw. dessen Stellvertreter. Diese nutzten die Notlage des Arbeitssuchenden aus und diktierten in den weitaus meisten Fällen sowohl Arbeits- wie Lohnbedingungen vollständig einseitig. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage waren die Bedingungen, unter denen der Arbeiter seine Beschäftigung aufnehmen konnte, bei einem Mangel an Arbeitskräften besser, als zu einer Zeit größerer Arbeitslosigkeit. Von einer Gleichberechtigung bzw. Mitbestimmung des einzelnen Arbeiters bei der für ihn eminent wichtigen Festlegung von Lohnhöhe und Dauer der Arbeitszeit konnte aber damals keine Rede sein.

Schon frühzeitig wurden die Nachteile dieser einseitigen Festlegung der Arbeitsbedingungen auch von einem Teil der Bergarbeiter eingesehen. Sie gründeten im Jahre 1889 den Deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverband, um durch die Macht der Organisation den Unternehmer zum Abschluß von Kollektivverträgen zu zwingen. Es bedurfte aber noch langwieriger Kämpfe, um dieses Ziel zu erreichen. Fast jeder Streik der Vorkriegszeit im Bergbau wurde nicht zuletzt um die Anerkennung des Verbandes als gleichberechtigter Faktor bei der Festlegung von Lohn und Arbeitszeit geführt. Diese Forderung stieß jedoch jedesmal auf den schärfsten Widerstand der Unternehmer und wurde regelmäßig von ihnen abgelehnt. Sie wollten Herren im Hause bleiben und ließen nichts unversucht, diese Forderung zu durchkreuzen. Trotzdem im englischen Kohlenbergbau schon in der Vorkriegszeit, und zwar seit Jahrzehnten, Tarifverträge bestanden und beide Parteien die besten Erfahrungen gemacht hatten, betonten die deutschen Unternehmer bei jeder Gelegenheit die Übertragung englischer Verhältnisse und damit der Abschluß von Tarifverträgen wäre für den deutschen Bergbau unmöglich und untragbar. Daß ihre Einwände auf ziemlich schwachen Füßen standen, beweist das Bestehen der Tarifverträge im deutschen Bergbau seit 1919, ohne daß der deutsche Bergbau dabei zugrunde gegangen wäre. Ihr Sträuben beweist auch ferner, welche Wichtigkeit sie gerade dieser Frage beilegen. Sie wollten die Möglichkeit behalten, die Nachteile einer eingetretenen Krise durch Zahlung niedrigerer Löhne und einer längeren Arbeitszeit auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Daß sie von dieser Möglichkeit reichen Gebrauch machten, ist zur Genüge bekannt. So wurde, um nur ein Beispiel zu erwähnen, der Anstoß zum Streikausbruch an der Ruhr im Jahre 1905 durch das provokatorische Verhalten von Stinnes gegeben, der durch Anschlag auf der Zeche Bruchstraße in Langendreer willkürlich eine Verlängerung der Schichtzeit unter Tage von 8½ auf 9 Stunden diktierte. Da kein Tarifvertrag bestand, der die Schichtzeit für eine längere Zeit und für beide Parteien bindend festlegte, blieb nur das Mittel des Streiks, um den Anschlag auf die bestehende Dauer der Arbeitszeit abzuwehren. In den übrigen Revieren lagen die Verhältnisse ähnlich. Immer war der Eintritt einer Krise gleichbedeutend mit diktatorischen Anordnungen der Unternehmer auf Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung.

Durch den Abschluß von Tarifverträgen haben sich diese Verhältnisse grundlegend geändert. Während der Laufzeit derselben kann an den von ihnen vorgegebenen Bestimmungen zu dem Nachteil der Arbeiter nichts geändert werden. Sie sind unabhängig. Es muß also der vorgegebene Tariflohn gezahlt wie auch die Dauer der Schichtzeit eingehalten werden. Eine Änderung von Tarifbestimmungen ist nur zugunsten der Arbeiter möglich. Der Unternehmer kann also nur höhere Leistungen gewähren, als sie der Tarifvertrag vorsieht. Das primäre Mittel des Lohnabbaues und der Arbeitszeitverlängerung, das der Unternehmer der Vorkriegszeit stets gebrauchte, um der Krise Herr zu werden, kann also heute nicht mehr so ohne weiteres angewandt werden.

Die Wirtschaft der ganzen Welt wird heute durch eine Krise größten Ausmaßes erschüttert. Durch eine sinnlose und überflüssige Rationalisierung sind die Läger zum Bersten gefüllt, während der Konsum durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und gefunkene Kaufkraft auf Grund niedriger Löhne zurückgegangen ist. Die Absatzkrise müßte also logischerweise durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Masse beseitigt werden. Es müßte wenigstens der Versuch unternommen werden, durch Streckung der Arbeitsmöglichkeit einem größeren Teil des Arbeitslosenheeres Arbeit und Brot zu verschaffen und die bestehenden Löhne aufzubessern. An Vorschlägen hierzu hat es nicht gefehlt. So hat z. B. der ADGB, die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, gefordert, während der Notzeit die Arbeitswoche auf 40 Stunden festzulegen. Der preussische Staat trägt seit dem Gedanken, ein Verbot der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte zu erlassen, den Schulbesuch auf neun Jahre auszudehnen und Notstandsarbeiten in größerem Ausmaß auszuführen. Und die Unternehmer? Statt diese Anregungen zu prüfen, greifen sie wieder zu dem primitiven Mittel der Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung und glauben, durch Lohnreduzierungen die Kaufkraft der breiten Masse stärken zu können.

Auch die Bergbauunternehmer glauben, jetzt sei ihre Zeit gekommen. In allen größeren Revieren haben sie nach Ablauf der Lohnverträge Verschlechterungsanträge gestellt. Jetzt erst tritt der Wert der Tarifverträge und besonders die längere Laufzeit derselben in Erscheinung. Der Unternehmer kann nicht mehr wie früher einen Lohnabbau diktatorisch verfügen, sondern muß die Zustimmung hierzu entweder durch Parteienvereinbarung oder durch Schiedsgericht einer Schlichtungsinstanz einholen. Bei der äußerst geringen Lohnhöhe der Bergarbeiter, die durch zahlreiche Forderungen noch herabgedrückt wird, kann von einer Zustimmung der Gewerkschaften zum Lohnabbau natürlich keine Rede sein. Im Gegenteil wird und muß versucht werden, bei gleichbleibenden Löhnen die im Tarif festgelegte Arbeitszeit zu erringen.

Unfere Tarifverträge sind erst neueren Datums und weisen aus diesem Grunde noch manche Mängel auf. Das trifft sowohl für Lohn- wie Manteltarifverträge zu. Diese Mängel zu beseitigen wird Aufgabe der kommenden Zeit sein. Sollen aber in dieser Frage praktische Erfolge erzielt werden, so muß sich die gesamte Bergarbeiterklasse hinter diese Forderungen stellen, sich reiflos organisieren und aus eigener Kraft bessere tarifliche Bestimmungen erkämpfen. **M a c h t d u m i t ?**

Aus Mitteldeutschland.

Wertgemeinschaftsparadies auf der Grube Beuna.

Wenn wir in unserem ersten Artikel darüber berichteten, daß die Direktion der Beunaer Kohlenwerke es mit allen Mitteln verstanden hatte, die „Wertsharmonie“ durch Begünstigung eines gelben Wertvereins zu fördern, so müssen wir heute feststellen, daß diese Bestrebungen alles andere, aber keine Vergünstigung für die Arbeiter brachte.

Die Belegschaft der Beunaer Kohlenwerke war von 1924 bis 1927 ohne Betriebsvertretung. Damit waren also alle gesetzlichen Bestimmungen, die zum Schutze der Arbeitskraft geschaffen worden sind, illusorisch.

An Stelle der Mitbestimmungsrechte der Arbeiter, die durch das Betriebsrätegesetz und die Verfassung des Deutschen Reiches garantiert sind, wurde die Betriebsdiktatur errichtet. Die Empfänger des Leistungslohnes waren nur Hörige und Leibeigene des Direktors Gebhardt. Das System brachte eine planmäßige Ausbeutung der Arbeiter mit sich, die sich in einer hohen Unfallziffer auswirkte. Mit dem Grundsatz: „Was nicht verboten ist, das ist erlaubt“, wurden die Bestimmungen des Tarifvertrages, die des Betriebsrätegesetzes, insbesondere auch die der Unfallverhütungsvorschriften übertreten. Strafen sind an der Tagesordnung, Entlassungen wurden nach Belieben vorgenommen, ebenso die Neueinstellungen. Die als „nicht wertstreu“ bekannt waren, wurden durch die Günstlinge des Wertes ergänzt. Eine Betriebsvertretung bestand nicht, an die sich die Kumpels hätten wenden können, um Einspruch gegen ihre Entlassung oder gegen die Strafe zu erheben.

Auch die Bemühungen der Organisation, mit Hilfe der Bergbehörde andere Zustände zu schaffen, schlugen fehl. Aber auch nur deshalb, weil keine Betriebsvertretung vorhanden war, die die Behörde auf die Mißstände hätte aufmerksam machen können.

Diese Zustände waren die Ursache, daß sich im Jahre 1927 einige beherrschte Kumpels gefunden haben, die eine Neuwahl der Betriebsvertretung vornahmen. Wenn auch die Freigewerkschafter die Mehrheit im Betriebsrat hatten, so war es doch nicht möglich, sofort andere Zustände zu schaffen. Dem Betriebsrat fehlte der Rückhalt der Belegschaft, die kaum wagte, die Augen aufzuschlagen. Direktor Gebhardt, dem der Kampf in den letzten Jahren geschwollen war, setzte nun mit einem Vernichtungskampf gegen die Betriebsräte und die wenigen Funktionäre der Organisation, die noch im Betriebe waren, ein. Gebhardt warf sofort unseren Kassierer Seidel, der im Ledigenheim der Beunaer Kohlenwerke kassierte, aus dem Betrieb hinaus und machte auch noch eine Klage wegen Hausfriedensbruchs gegen denselben anhängig. Die beiden Betriebsratsmitglieder Domski und Großmann wurden auf Grund einer Beschwärde über die Mißstände im Ledigenheim hinausgeworfen. Auch gegen diese beiden wurde Klage wegen Hausfriedensbruchs anhängig gemacht. Insbesondere beantragte man bei dem Arbeitsgericht die Absetzung von Domski und Großmann von ihrem Amte als Betriebsrat wegen gröblicher Pflichtverletzung. Das Arbeitsgericht hatte aber für die mittelalterliche Anschauung Gebhardts kein Verständnis und wies die Klage ab. Aber eins hatte Gebhardt doch erreicht: aus dem Ledigenheim wurde ein Gefangenenerlager. Funktionäre, die noch auf Beuna arbeiteten, wagten es nicht mehr aus Angst um ihre Existenz, das Ledigenheim zu betreten. Anderen Funktionären war es unmöglich, dort hineinzugelangen, weil die Gefangenenaufsicher das Betreten überwachten. Auch hatte man Auftrag gegeben, die Bewohner der Bergmannsiedlungshäuser dahin zu kontrollieren, wer von diesen Verbindung mit der Organisation hatte. Das letztere ist die gemeinste Maßnahme. Gebhardt und seine Trabanten verletzten dadurch, die Vereinigungsfreiheit der Arbeiter, die der Artikel 159 der Verfassung gewährleistet, ganz zu unterbinden. Somit war es auch möglich geworden, daß bei den Wahlen des Betriebsrats der letzten zwei Jahre die Gelben mehrere Sitze gewannen.

Aber die Betriebsräte der freien Gewerkschaften gaben den Kampf nicht auf, die Wertsharmonie der Beunaer Grube zu zwingen, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Deshalb setzte der Vernichtungskampf Gebhardts noch viel schärfer gegen die Organisation und die Betriebsräte ein.

Aus dem Ruhrgebiet.

Eine laubere Zunft.

„Du verdammter Schweißfußindianer!“

Wir veröffentlichen nachfolgend ein sehr interessantes Beweisstück „gelber“ Bildung, das aus der Feder des ganz hervorragenden „Journalisten“ K a n n a p i n n geflossen ist. Der bekannte günstige Wind brachte uns in den Besitz dieses „klassischen“ Briefes, der so recht deutlich zeigt, welche „Geistesheroen“ sich im „nationalen“ Lager austoben.

„E s s e n, den 25. Sept. 1930.

Herrn Wilhelm Scheithauer, Sterkrade.

Scheithauer! Wenn ich jetzt einmal an Dich schreibe und schreiben muß, dann sage ich Dir abgefeimten Lumpen und Verleumder, Dir elendeste aller Kreaturen, die mir je in meinem Leben begegnet sind, daß ich es jetzt leid bin, von Dir noch irgendmal genannt zu werden. Du Satan hast mich in Berlin verleumdet, noch ehe 14 Tage um waren. Du hast mich schlecht gemacht, wo Du nur konntest, trotzdem Du genau wußtest, wo ich an dem betreffenden Abend war, der Dir Veranlassung gab, in einem Briefe an Osterfeld zu schreiben, ich sei schon drei Nächte ausgeblieben und hätte mir am ersten Abend unseres gemeinsamen Ausgehens ein lukullisches Abendessen geben lassen und was dergleichen Unwahrheiten und Schweinereien noch mehr waren, die Du nur so durchblicken ließt. Dabei hast Du ekkiges Luder Dich am gleichen Abend, an dem Du einige Dir nicht passende Wahrnehmungen an meiner Person gemacht haben willst, mit einer Hure abgegeben, hast noch einen unwissenden Kameraden verführt und in Gemeinschaft mit ihm eine ziemlich Summe Geldes ausgegeben. Du verdammter Schweißfußindianer, Du Eckel!

Du hast ferner Dich erdreistet zu sagen, daß meine Leistungen in Berlin von Altes Diktat abhängen. Wenn ich allein schrieb und wenn ich auf Grund dessen Ausführungen machen mußte, wer half mir dann? Meinst Du, man kann mehrere Jahre eine Verbandszeitung leiten, ohne daß man auch nur einen Artikel vernünftig abfassen kann? Du Prahler, Du Lügner! Wenn Du es verstanden hast, auch Quint einzuleiten, wo Du nur konntest, daß er an seinen eigenen und engsten Mitarbeitern oft zweifeln mußte, wenn Du ihm immer wieder in all Deinen Briefen, die hier vorliegen, den größten Schmutz vormachtest, um ihn hinter seinem Rücken auch wieder schlecht zu machen und zu verleumden; jetzt hast Du ausgespielt und der Zeitpunkt ist jetzt gekommen, da wir Dir das Hemd vom

Verband und Rechtsschutz.

Unter den zahlreichen Aufgaben, die der Verband in Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder zu erfüllen hat, gehört die Gewährung von Rechtsschutz zu den wichtigsten. In einer Unzahl von Rechtsstreitigkeiten werden von den Arbeitersekretären Auskünfte erteilt, Klagen, Berufungen und Schriftsätze angefertigt. In Arbeitsrechts- und Rentenstreitigkeiten übernehmen die Angestellten der Organisation die Prozessvertretung vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten sowie Knappschaftsversicherungsämtern. Arbeitsrecht und Sozialversicherung sind so umfangreich und kompliziert geworden, daß eine gute und sachgemäße Vertretung an das Können und Wissen des Vertreters die größten Anforderungen stellt. Nur wer sich ständig mit dieser Materie beschäftigt und Schrifttum und Rechtssprechung verfolgen kann, ist dieser Aufgabe gewachsen.

In besonderen Fällen übernimmt der Verband auf Antrag die Gerichtskosten oder die Kosten für ärztliche Gutachten, d. h. wenn sich nach Prüfung des Sachverhalts ergibt, daß eine gewisse Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Groß sind die Kosten, die der Rechtsschutz verschlingt, bedeutend größer aber die Erfolge, die erzielt werden. Denken wir z. B. nur an die Rechtssprechung in Urlaubsstreitigkeiten aus dem Tarifverträge für das rheinisch-westfälische Steinkohlengebiet. Hier hat die vom Verband geleistete Arbeit bahnbrechend gewirkt. Die von ihm bis zur höchstgerichtlichen Entscheidung gebrachten Streitigkeiten über den Anspruch auf Urlaubsentschädigung nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis haben den Bergherren im Ruhrgebiet Millionen gekostet. Zahlreiche unorganisierte Bergarbeiter haben es meisterlich verstanden, sich diese Erfolge des Verbandes zunutze zu machen. Wie oft kann man an Arbeits- und Landesarbeitsgerichten beobachten, wie diese Leute, gestützt auf die vom Verband herbeigeführten Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, ihre Ansprüche auf Urlaubsentschädigung geltend machen. Sie, die keinen Anspruch auf die tariflichen Vorteile haben, schämen sich nicht, da zu ernten, wo sie nicht gesät haben. Leute, die in den Verammlungen kein gutes Haar am Verband lassen, begründen ihre Ansprüche mit Hinweis auf Urteile, die in unserer Zeitschrift „Fazis des Arbeitsrechts“ veröffentlicht worden sind. Kurz und gut: an dem Rechtsschutz des Verbandes haben Tausende profitiert, die das Wort „Verband“ nur in den Mund nehmen, um in der größten und oft unverschämtesten Weise über ihn und seine Funktionäre herzufallen.

Auch auf dem Gebiete der Rentenstreitigkeiten sind die Erfolge nicht gering. Den berufsunfähigen oder durch Unfall in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkten Kameraden zu einer Rente zu verhelfen, ist stets eine der vornehmsten Aufgaben des Verbandes gewesen. Von den Versicherungsträgern sind es besonders die Knappschaftsberufsgenossenschaften, die mit der Entziehung oder Kürzung der Unfallrente schnell bei der Hand sind. Recht schwierig liegen oft die Fälle, in denen der ursächliche Zusammenhang einer Erwerbsverminderung mit dem Betriebsunfall nachgewiesen werden muß. Ohne Hilfe der Organisation würden viele Kameraden nicht zu ihrem Rechte kommen. Von zahlreichen Fällen führen wir einen Fall aus der jüngsten Zeit an, der recht anschaulich zeigt, wie schwierig es oft ist, die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente zu zwingen:

Unser Mitglied Wilhelm Sch. (Zahlstelle Buer) erlitt am 9. März 1926 auf der Schachtanlage Hugo II einen Betriebs-

unfall, bei dem u. a. auch der Kopf in Mitleidenschaft gezogen wurde. Sch. hat noch einige Tage weitergearbeitet. Später traten Lähmungserscheinungen ein, die den Verletzten vollkommen arbeitsunfähig machten. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft Sektion II (Bochum) lehnte jeden Entschädigungsanspruch ab mit der Begründung, daß die Kopfverletzung nur leichter Art war und eine Gehirninjury, auf welche die Lähmung zurückzuführen sei, nicht hervorrufen konnte. Das zuständige Arbeitersekretariat legte gegen den ablehnenden Bescheid Berufung ein. Vier Jahre hat der Rechtsstreit geschwebt. Mehrere Spezialisten wurden gehört, die sich zum Teil für, zum Teil gegen den ursächlichen Zusammenhang ausgesprochen haben. Mit Hilfe des Verbandes wurde noch ein Gutachten von der Universitätsklinik in Göttingen eingeholt, das den ursächlichen Zusammenhang der Lähmung mit dem Unfall bejahte. Da auch der vom Knappschaftsversicherungsamt gehörte Gutachter sich dem Gutachten der Universitätsklinik Göttingen anschloß, erklärte sich die Berufsgenossenschaft bereit, dem Kameraden Sch. vom 1. Dezember 1926 ab die Vollrente zu zahlen. Kamerad Sch. erhielt vor einiger Zeit den Betrag von 8866,88 M. nachgezahlt. Gewiß ein schöner Erfolg, der in erster Linie der sachlichen und zähen Interessenvertretung durch den Verband zu danken ist.

Einige weitere Fälle: Kamerad August G. (Zahlstelle Steele) wurde mit seinem Antrag auf Gewährung einer Unfallrente wegen Staublunge abgewiesen. Das mit Hilfe des Verbandes eingeholte Gutachten sprach dem Kameraden G. eine Rente für eine Erwerbsverminderung von 50 Prozent zu, die auch von der Berufsgenossenschaft anerkannt wurde. Dem Kameraden Gustav B. (Zahlstelle Buer) gewährte die Knappschaftsberufsgenossenschaft wegen Staublunge eine Rente von 60 Prozent, die der Kamerad B. nicht für ausreichend hielt. Der Vertreter des Klägers schloß auf Grund eines Gutachtens, das auf Verbandskosten eingeholt war, einen Vergleich auf 80 Prozent ab. Mit Hilfe des Verbandes wurde die Rente des Kameraden Heinrich H. (Zahlstelle Heeren) von 40 auf 50 Prozent der Vollrente erhöht. Kamerad Paul H. (Zahlstelle Heeren) bezog für einen Betriebsunfall eine Rente von 20 Prozent, die ihm von der Knappschaftsberufsgenossenschaft entzogen wurde. Auf Grund eines auf Verbandskosten eingeholten Gutachtens erklärte sich die Berufsgenossenschaft bereit, die alte Rente weiterzuzahlen. Dem Kameraden August B. (Zahlstelle Bochum) hatte die Knappschaftsberufsgenossenschaft die Rente von 33½ auf 20 Prozent herabgesetzt. Das Knappschaftsversicherungsamt verurteilte die Knappschaftsberufsgenossenschaft, die alte Rente weiterzuzahlen. Kamerad Friedrich L. (Oberhausen) erhielt mit Hilfe des Verbandes statt einer Rente von 40 Prozent eine solche von 50 Prozent. Dem Kameraden Heinrich R. (Wilhelm-Ruhr) wurde für drei Monate die Vollrente und für weitere neun Monate eine Rente von 75 Prozent gewährt. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft hatte den Kameraden R. mit einer Rente von 50 Prozent abspießen wollen.

Diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Die zum Vorteil der Unfallbeschädigten herausgeholt Summe beträgt allein in den obengenannten Fällen etwa 14- bis 15 000 Mark. Gewiß ein Beweis dafür, wie segensreich sich der Rechtsschutz für unsere Mitglieder auswirkt! Die Rechtsschutzfähigkeit ist ein praktischer Klassenkampf, der abseits der Öffentlichkeit geführt wird und dessen Erfolge auch den verborgenen „Revolutionären“, die glauben, den Klassenkampf in Erbpacht genommen zu haben, zu denken geben müßten.

Der RPD.-Streikputsch.

„... wegziehen und Dich elende Kreatur, Dich Sauluber der Welt einmal zeigen, wie Du bist! Noch in der Zeit, da Du unseren Verband schädigen wolltest, da Du Dich über andere Kameraden entrüstetest und an ihnen etwas finden wolltest, daß sie auf Dein Moralniveau niedergezogen würden, hast Du 36 M. Unterführungen, die Du von hier bekamst, versoffen und verhurt. Was für ein Biest leistete Dir in Hamborn Gesellschaft, als Du zwei Tage nicht zu Hause warst und Deine abgehärmte Frau, die den allererbärmlichsten Eindruck macht, wenn man sie sieht, warten ließe?“

Mensch, ich sage Dir, verleumdest Du mich noch einmal auf so dreckige und schmutzige Art, wagst Du es noch einmal, über meine Person und meine Handlungen, die Dir noch nie den Anlaß geben konnten, daß Du auch nur irgendwie Anstoß daran nehmen konntest, wagst Du auch noch einmal, mir zu nahe zu treten, dann fahre ich mit Dir abgefeimten Lumpen, wie man mit solchen Individuen eben fährt, Schlitten, und wenn die ganze Angelegenheit auch vor dem Richter ausgesprochen werden muß. Ich werde dann dort noch; andere Dinge vorbringen, die Dich ins rechte Licht setzen. Ich werde dort beweisen, was für ein Ekel, Schmarozer und Drecksack Du bist. Ich erwarte überhaupt, daß Du klagar gegen alle Beschuldigungen vorgehst, die man gegen Dich erhob. Oder wagst Du es nicht? Warte, Bürschchen, noch einmal eine solche Stellungnahme gegen mich, noch einmal auch nur ein Wort über meine Person und über meine Tätigkeit, dann hast Du aber ausgespielt und kannst den neuen Verband auf einem ganz anderen Gebiet gründen. Freilich müßtest Du dann nicht „Arbeiterziele“ verfolgen, sondern gewisse Ziele und Bestrebungen, die unter einem bestimmten Paragraphen des Strafgesetzbuches fallen.

Also: Ich fordere Dich hiermit auf, mich zu verklagen und Dich reinzuwaschen. Ich drohe Dir aber an, daß, wenn Du noch ein Wort über meine Person oder über meine Tätigkeit verlauten läßt, wir uns beim Kadi sprechen. Nun verhalte Dich, wie Du willst! Zum Schluß sage ich Dir noch, daß Du Dir nicht einzubilden brauchst, daß wir Dich solange geschont haben, nur um Deine „wertvolle“ Person zu erhalten, sondern Deiner Familie wegen. Wir hoffen, daß Du Dich in der Zukunft besser widmest und nicht zu Hause den Eindruck machst, als wärest Du für eine gute Sache tätig, wobei Du Luder in Weiber-Gesellschaft bist und die Gelder veräußert, die Du auf Grund Deiner Tätigkeit von uns erhalten und die Du auf betrügerischem Wege aus uns pressen konntest. Also, tu was Du willst, aber richte Dich in Zukunft nach diesen meinen Vorschlägen. Cuweber verhältst Du Dich jetzt ruhig und gehst Deiner Pflicht nach, oder Du gehst aufs Ganze, womit auch uns gedient sein wird.

Kannapinn.“

So also sehen die Leute aus, die gegen die legalen Gewerkschaften in den Kampf gezogen sind. Wir haben dem nichts hinzuzufügen!

Aus dem Bezirk Köln.

Zur Krise in der rheinischen Braunkohle.

Ein Kamerad schreibt uns: Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf uns im Anfang des vergangenen Jahres die Nachricht, daß der Braunkohlenbergbau mit Abfahrschwierigkeiten zu kämpfen habe. Fast keiner wollte glauben, daß in diesem Industriezweig eine Depression, viel weniger noch eine Krise so schnell kommen könne, denn immer hieß es in den Berichten der einzelnen Gesellschaften und der Syndikate, daß „trotz größter Anspannung der Produktion die Nachfrage nicht gedeckt werden konnte“. Und doch sollte diese Nachricht bittere Wahrheit sein. Seit etwa einem Jahre hat der Braunkohlenbergbau eine Abfahrschwierigkeit, welche die nachhaltigsten Folgen für die in diesem Industriezweig beschäftigten Arbeiter zeitigte, wogegen in früheren Jahren, als der Steinkohlenbergbau Abfahrschwierigkeiten hatte, sich die Nachfrage nach Braunkohlen immer mehr steigerte. Wie konnte es nun so plötzlich zu einer solchen akuten Krise kommen?

Da ist es wohl notwendig, einmal einen Blick auf die Entwicklung der Produktion zu werfen, um an Hand dessen festzustellen, worin eigentlich die wirklichen Ursachen der Krise zu suchen sind. Wurden im Jahre 1913 im Kölner Revier 20 256 000 To. Kohle gefördert, so stieg die Förderung im Jahre 1929 auf 53 130 000 To. Betrag der Anteil der rheinischen Braunkohle an der Gesamtförderung Deutschlands 1913 nur 23,3 Proz., so stieg dieser bis 1929 auf 30,3 Proz. Auch die Brikettherstellung machte eine gewaltige Steigerung durch. 1913 wurden im Kölner Revier 5 825 000 To. Briketts hergestellt, 1929 aber 12 245 000 To. War es im Jahre 1929 dem gesamten deutschen Braunkohlenbergbau möglich, seine Brikettherstellung um 2 111 000 To. zu steigern, so entfielen von dieser Mehrerzeugung auf den rheinischen Bezirk allein 1 064 000 To., also mehr als die Hälfte. Wenn wir nun eingangs sagten, daß es in den Berichten der Gesellschaften und der Syndikate immer hieß, daß trotz größter Anspannung der Produktion die Nachfrage nicht gedeckt werden konnte, so war es gar nicht verwunderlich, daß man mit allen Mitteln versuchte, den Produktionsapparat so weit wie möglich auszubauen. Da es nun im kapitalistischen System begründet liegt, daß die Kapitalien immer in den Industriezweigen angelegt werden, in denen augenblicklich der größte Gewinn lockt, so ergibt sich daraus wiederum, daß hier gewaltige Kapitalmassen investiert und ein glänzender Produktionsapparat geschaffen wurde. Das volkswirtschaftliche Ziel und der Sinn des Wirtschaftens überhaupt, die Massen des Volkes zu ernähren, wird im kapitalistischen System durch das Profitstreben völlig ausgeschaltet. Aus diesem ergibt sich auch, daß der Produktion und deren Ausbau keinerlei Schranken durch den Bedarf gesetzt sind. Und heute scheint es tatsächlich der Fall zu sein, daß man in unserem Falle des Guten etwas zuviel getan hat, denn was nützt am Ende der glänzendste Produktionsapparat, wenn für die erzeugten Güter kein Bedarf vorhanden ist? Zwar kann nicht bestritten werden, daß der außergewöhnlich milde Winter 1929-30 die Krise akut werden ließ, aber da nun diese Krise bereits ein ganzes Jahr besteht und auch noch keine Aussicht auf Besserung besteht, so muß doch gesagt werden, daß in den letzten Jahren mit den volkswirtschaftlichen Gütern Raubbau getrieben worden ist und noch wird. Wie weit in den letzten Jahren der Produktionsapparat erweitert wurde, zeigen am deutlichsten folgende Zahlen: Im Jahre 1913 liefen im Kölner Braunkohlenrevier 403 Brikettpressen, 1927 schon 652, 1928 aber liefen hier 700 Brikettpressen und diese Zahl wurde bis 1929 auf 739 erhöht. Daß beim Ausbau der Produktion nicht der volkswirtschaftliche Bedarf, sondern nur die hier winkenden Gewinne ausschlaggebend waren, ist klar.

Wenn nun heute nur an vier oder fünf Tagen pro Woche gearbeitet wird, so wird auch an diesen Tagen die Produktion noch bis zum äußersten angepannt. Ja, es hat fast den Anschein, als spanne man die Produktion bewußt so stark an, um eben die Arbeiterkraft durch Einlegen von Feiertagen zu schädigen. Auf einzelnen Gruben des Kölner Reviers scheint zwischen den Aufsehern ein wahrer Konkurrenzkampf entstanden zu sein, wer in seiner Schicht die höchste Produktionsziffer erreichen kann.

Entgegen aller gewerkschaftlichen und menschlichen Vernunft trieben es RPD. und RGD. zu einem Streikputsch am 2. Januar. Einzig vernünftig war die Parole der Gewerkschaften, alle Kraft darauf zu konzentrieren, daß keine Einzelarbeitsverträge auf neuer Grundlage abgeschlossen wurden. Wie die Dinge sich dann weiter entwickelten, ob die Unternehmer es zur Usperrung kommen ließen, konnte die einzige Bergarbeiter-Schaft ruhig abwarten.

Die Konferenz der RPD. und RGD., die am Neujahrstag in Gelsenkirchen stattfand, war angeblich von 97 Schachtanlagen besucht. Sie beschloß den Streik zum 2. Januar, und zwar in der Form, daß die betrieblichen Kampfausschüsse der Zechenverwaltung die Forderungen vorlegen sollten:

1. Zurücknahme der Kündigungen.
2. Kein Lohnabbau.
3. Siebenstundenschicht mit vollem Lohnausgleich.
4. Einstellung aller Erwerbslosen in die Betriebe.

Als Vorsitzender des zentralen Kampfausschusses wurde Borgull (Katernberg) bestimmt. Der Streikleitung gehören an: Gallinat, Wgash, Saeflow, Steinbach, Funk, Hastreiter, Frank und Thorun.

Die Parolen dieser Konferenz waren direkt auf Terror und Gewaltmaßnahmen gegen die arbeitenden Bergleute eingestellt. Massenstreikposten unter Hinzuziehung von Erwerbslosen, Frauen und Jugendlichen wurden befohlen, die Erwerbslosenstaffeln direkt dem Befehl der zentralen Streikleitung unterstellt. Befohlen wurde ferner proletarischer Märsch gegen Streikabwürger, Christliche und SPD. Geredet wurde auch von Unterbrechung der Gas-, Wasser- und Stromversorgung. Doch sollten diese Maßnahmen den internen Funktionen überlassen bleiben. Befohlen wurde ferner die Ueberwachung von Gewerkschaftsbüros, Versammlungsorten, Polizeiunterkünften usw.

Durch Schwindel und Gewaltanwendung wurden dann am 2. Januar eine Anzahl Schächte, besonders in den Bezirken Heddinghausen, Bottrop, Hamborn und Mörs, stillgelegt. Gelogen wurde, was das Zeug hielt! Im „Ruhr-Echo“ und in der Debatte wurde behauptet, daß die Verhandlungsführer der Arbeitnehmersverbände bereit gewesen seien, bis zu 7 Prozent Lohnabbau zu gehen. Das ist natürlich glatt gelogen! Die Verhandlungsführer haben nicht einmal über 5 Prozent, geschweige denn über 7 Prozent debattiert. Wider besseres Wissen wurde dann von den Kommunisten allgemein behauptet, daß schon vom 2. Januar an zu einem 12 Prozent niedrigeren Lohn gearbeitet werden müsse. Auch das war gelogen! Nach den geltenden Bestimmungen kann bis zum 15. Januar ein niedrigerer Lohn weder für Schichtlöhner noch für Gedingearbeiter festgesetzt werden. Die einzig vernünftige Taktik war also, daß die Belegschaften ganz allgemein den Abschluß von neuen Arbeitsverträgen mit niedrigeren Löhnen für die Zeit nach dem 15. Januar abwehrten!

Der kommunistische Butsch hatte den Erfolg, daß am 2. Januar von der Morgenschicht 11,91 Prozent, also etwa 7 Prozent der Gesamtbelegschaft, nicht anfuhr. Gestreikt haben diese Leute nur zu einem geringeren Teil, zu größtem Teil erlagen sie den Gewaltmaßnahmen der kommunistischen Stoßtrupps. Erwerbslose begaben sich mit Kaffeeflaschen auf dem Rücken auf die Zechenplätze, hinderten die Marken- oder Lampenausgabe oder terrorisierten die Belegschaftsversammlungen in den Waschkäufen. Auf Einzelheiten dieser Art kommen wir ebenso zurück wie auf das „tapfere“ Verhalten mancher „revolutionären“ Betriebsratsmitglieder, die nicht den Mut hatten,

die Parole ihrer Zeltung zu vertreten. Der Butsch umfaßte am ersten Tage 22 Schachtanlagen. Zu Zusammenstoßen mit der Polizei kam es nur abends auf Schacht 5 von Rheinpreußen. Hier wurde nach Pressenachrichten auf die Polizei geschossen. Diese erwiderte das Feuer. Bei dieser Schießerei wurde leider ein unbeteiligter Bahnarbeiter so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb.

Bemerkenswert ist eine Erklärung im „Ruhr-Echo“: „Wir machen Schluß mit einem Bergarbeiterverband, der praktisch zu einer Filiale des lohnräuberischen Grubenkapitals, zu einer Organisation des Streikbruchs geworden ist.“

Wir sehen der Gründung dieser Konkurrenzorganisation mit der größten Ruhe entgegen. Der Streikputsch hat den Beweis geliefert, daß die kommunistischen „Strategen“, blindlings Moskauer Parolen folgend, die Bergleute in s Unglück treiben, nicht aber ihnen mit vernünftigem gewerkschaftlichen Kampf helfen wollen und können.

Die Heße der RPD. gegen unsern Verband

hat noch nie so widerwärtige Blüten getrieben, wie in der letzten Zeit. Da meldete das „Ruhr-Echo“, daß Husemann während der Weihnachtsfeiertage im Sauerland mit Steigerwald zusammengetroffen sei, um den Lohnraub zu vereinbaren. Das war natürlich eine bewusste Lüge, denn Steigerwald war an diesen Tagen in Berlin und Husemann war froh, die Tage im Kreise seiner Familie verbringen zu können!

Das „Ruhr-Echo“ vom 2. Januar erklärt übrigens ausdrücklich, daß jetzt die Zeit zur Gründung eines Gegenverbandes gegen unsern Verband gekommen sei.

Mit welchem Krampf

die RPD. und die RGD. zum Streik aufputschten, ist bekannt, soll aber hier noch einmal kurz festgehalten werden.

Schon die Vorgefichte auf Westfalen, Thyssen 4-8 und einigen anderen Schächten gaben ein Bild von der „Geschlossenheit“ der „Revolutionäre“. Auf Thyssen 4-8 beschloß eine Belegschaftsversammlung einstimmig den Streik. Am anderen Morgen mußte man sieben Steiger aus der Steigerstube holen, damit sie am Schacht Ordnung hielten, weil jeder mit dem ersten Korb anfahren wollte! Die Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes, die die Ursache des Streikbeschlusses war, wurde von der Verwaltung rückgängig gemacht, aber nicht wegen des „glänzenden“ Streikerfolges!

Auf Thyssen 7-8 wurde ein Betriebsratsmitglied entlassen, weil er einen Kontrolleur ins Gesicht geschlagen hatte. Zwei Belegschaftsversammlungen waren von 60 bzw. 110 Leuten einschließlich Frauen besucht. Der Streik wurde beschlossen, die RGD. hatte aber keinen Mut dazu und ordnete „Streikbereitschaft“ an!

Auf Beederwerth wurde am 29. Dezember „einstimmig“ der Streik beschlossen, die Zentrale in Essen ordnete aber auch hier „Streikbereitschaft“ an.

Auf Langenbrachm wurde vor Neujahr durch einen „Stoßtrupp“ von 31 fremden jungen Leuten Propaganda für eine Belegschaftsversammlung gemacht, es erschienen einschließlich Erwerbsloser 40 Mann, ein „Kampf“auschuß kam nicht zustande.

Das vor kurzem in der „Rheinischen Zeitung“ einer scharfen Kritik unterzogene Prämienystem für hohe Produktionsleistungen entbehrt also keiner Grundlage, weil dieses die Krise noch mehr verschärft. Wenn nämlich durch solche Maßnahmen einige wenige Menschen bestimmte Vorteile haben, die große Masse der Arbeiter aber geschädigt wird, so zeigt auch dieses wieder so ganz die Rücksichtslosigkeit und den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft- und Belegschaftsordnung. Es sollte den Angestellten des Kölner Reviers aber auch endlich einmal klar werden, daß sie ungestraft keine Handlangerdienste gegen die Arbeiter-Schaft leisten dürfen, daß auch sie sich im Abhängigkeitsverhältnis mit dem Arbeitgeber befinden und daß sie sich einreihen müssen in die Klassenfront des Proletariats, um gemeinsam mit diesem den Kampf gegen die Ausbeuter führen zu müssen. Aber gerade dieses Beispiel sollte der Arbeiter-Schaft zeigen, daß sie mit allen Mitteln versuchen muß, einen starken Einfluß auf die Produktion zu gewinnen, um damit zu erzielen, daß eine vernünftige Produktionsweise eingeführt wird. Vernünftige Produktion heißt, daß nicht mehr produziert wird, als Absatz für die erzeugten Güter vorhanden ist. Eine Einschränkung der Produktion auch ohne Einlegung von Feiertagen ist gut möglich, wenn nur die Brikettpressen dementsprechend gedrosselt werden. Wenn auch die Profite dadurch etwas geschmälert werden, so ist dieses im Hinblick auf die Linderung der großen Notlage, die heute unter den Bergarbeitern herrscht, gut zu verantworten. Nicht nur Rücksicht auf die Aktionäre, sondern auch Rücksicht auf diejenigen Menschen, die durch ihrer Hände Arbeit erst die Heranwirkung von Gewinnen ermöglichen, muß mehr als bisher geübt werden.

Die Unternehmer sehen nun die beste Lösung der Krise für sich darin, daß einzelne Betriebe stillgelegt werden und in den anderen Betrieben die Produktion noch mehr erweitert wird. Durch diese Maßnahmen werden große Massen von Arbeitern auf das Pflaster geworfen, aber die Profite werden wenigstens nicht gefährdet; und das scheint die Hauptsache zu sein. Gegen solche Maßnahmen muß sich die Arbeiter-Schaft mit allen Mitteln zur Wehr setzen und sich den Einfluß im Wirtschaftsleben verschaffen, der notwendig ist, um die unerträgliche Despotie im Wirtschaftsleben zu brechen. Aber es muß in die Hirne jedes einzelnen Arbeiters eingehämmert werden, daß dieses Ziel ohne straffe Organisationen nicht zu erreichen ist. Und wenn die Arbeiter-Schaft des Kölner Braunkohlenreviers im vergangenen Jahre auch viel Mühe und Not und manche Entbehrung erleiden mußte, so geht sie in das neue Jahr hinein, durchdrungen von dem Glauben an ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die ihr bessere Lebensbedingungen erkämpfen wollen und werden, und gefährt in dem Willen, diese Organisationen zu stärken, um dadurch den Kampf führen zu können für eine Wirtschaftsordnung, die nicht einigen wenigen Menschen, wohl aber dem Wohle des gesamten Volkes dient. H. f.

Funktionärkonferenz in Köln.

Im Kölner Volkshaus tagte am 21. Dezember eine Konferenz der Vertrauensleute, Hauptkassierer, Betriebsratsvorsitzenden, Knappschaftsältesten und Jugendobmänner des Kölner Bezirks. Eingangs der Konferenz befaßte sich Kamerad Sach-

mann eingehend mit der Einführung der Sparunterstützung, wie sie der christliche Gewerksverein bereits eingeführt hat. Da diese Unterstützung aber ohne Beitragserhöhung nicht durchgeführt werden kann — auch der christliche Gewerksverein wird die Beiträge erhöhen —, wurde folgende Entscheidung mit allen gegen vier Stimmen angenommen:

„Die Funktionäre des Kölner Bezirks sind mit der Einführung der Sparunterstützung grundsätzlich einverstanden, lehnen sie aber ab, wenn damit eine Beitragserhöhung erfolgen muß.“

Hierauf sprach der Vorsitzende der Reichsknappschaf, Kamerad Friß Viktor, über die Neuerung in der Knappschaf. Er schilderte die Notwendigkeit der vorgenannten Maßnahmen, durch welche etwa 15 Mill. M. eingespart werden. Viktor wies darauf hin, daß bereits Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister gepflogen worden wären, und daß sich dieser auf Grund der ergriffenen Maßnahmen einer weiteren Beihilfe nicht verschließen könne. Es bleibt nämlich immer noch ein Defizit von 90 Mill. M. übrig. So sind Mittel zugefagt aus Einnahmen von Zöllen für Gerste und Weizen. Sei die Arbeiter-Schaft auch kein Freund von solchen Abgaben, so bleibe in der jetzigen Notlage nichts anderes übrig, als diese Mittel anzunehmen. Vor allem aber müsse versucht werden, die Knappschaf wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen, um auch dem jetzigen Beitragszahler die Pension sicherzustellen. Wenn man in Kameradentkreisen die Auffassung vertrete, daß der Knappschafsvorstand diese Maßnahmen nicht habe ergreifen dürfen, so müsse dem entgegengetreten werden, daß, wenn man zu einer Sache stehe, die auch noch gesetzlich verankert wäre, so müsse man sich überlegen, ob es besser wäre, Katastrophenspolitik zu treiben oder aber zur Abhilfe Vorschläge zu machen. Es gelte aber auch in der Knappschaf ein Stück Sozialismus zu verteidigen. Darum müsse man schon eine andere Einstellung haben, auch deshalb, weil es gelte, das Geld der eigenen Kameraden zu betreuen und deren Verwendung zu beherrschen. Die Verwaltung stellt aber auch ein Stück Gesellschaftsmacht dar, denn die hier durchlaufenden Gelder kommen an eine halbe Milliarde nahe heran. Diese müsse in unserem Sinne verwendet werden. Da vom Reichstag in seiner heutigen Zusammenstellung keine Hilfe und keine wirkliche Sanierung der Knappschaf zu erwarten wäre, hätte man diese Maßnahme ergreifen müssen, um zu verhindern, daß uns die Verwaltung derselben aus den Händen gewunden würde.

Einstimmig stellten sich die Kameraden in der Diskussion auf den Standpunkt des Kameraden Viktor. Aus allen Ausführungen hörte man den Ernst und die Verantwortung für die Erhaltung der Knappschaf heraus. Tiefen Eindruck machten die Ausführungen des Kameraden Sochmann, der als alter Bergmann die Entwicklung der Knappschaf miterlebt hat. Er schilderte den Kampf der Unternehmer gegen die Knappschaf und gegen die gezahlten Renten. Auch wurden von den Unternehmern, als sie die Verwaltung der Knappschaf noch in Händen hatten, die Gelder verwendet, ohne daß die Arbeitervertreter danach gefragt wurden.

In seinem Schlußwort ging Kamerad Viktor noch auf einige Anfragen ein, die in der Diskussion aufgeworfen wurden. Dann gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß die ganze Konferenz, einschließlich der „Opposition“, so einstimmig die ergriffenen Maßnahmen des Knappschafsvorstandes und der Hauptverwaltung billigte.

